

T A G E S O R D N U N G

Ö F F E N T L I C H

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf Ihnen jetzt vorweg bekannt geben, welche Stücke wir wieder gemeinsam beschließen können. Das ist von der normalen öffentlichen Tagesordnung der Punkt 4), der Punkt 6), der Punkt 8), 9), 10), 11), 14), 16) und 17), es sind vom Nachtrag die Stücke 2), 3), 7) und vom zweiten Nachtrag das Stück 1).

4) A 4-K 410/qu/2000/1

Gemeindejagden in Graz, Aufteilung des Pachtzinses für das Jagdjahr 2004/2005

Der Stadtsenat stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der für das laufende Jagdjahr für die Grazer Gemeindejagdgebiete erzielte Jagdpachtzins wird unter Zugrundelegung des Flächenausmaßes der in das jeweilige Gemeindejagdgebiet einbezogenen Grundstücke gemäß § 21 Abs. 1 des Steiermärkischen Jagdgesetzes 1986, LGBl. 1986/23 idF LGB 2002/58, auf die Grundbesitzer aufgeteilt.

Die Grundbesitzer dieser Jagdgebiete haben ihre Anspruchsberechtigung durch Vorlage eines Grundbuchauszuges, der nicht älter als sechs Monate sein darf, beim Magistrat Graz, Gewerbeamt, Amtshaus, Schmiedgasse 26, 3. Stock, Tür 248, darzulegen.

Anteile, die nicht sechs Wochen nach der Kundmachung dieses Gemeinderatsbeschlusses behoben wurden, verfallen gemäß § 21 Abs. 3 leg. Cit. Zugunsten der Gemeindekasse.

6) A 8 – K 57/1995-199

Grazer Bau- und Grünland-
sicherungsges.m.b.H. Neubestellung
eines Aufsichtsratsmitgliedes;
Ermächtigung der Vertreter der Stadt
Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967;
Umlaufbeschluss

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 91/2002 die Vertreter der Stadt Graz in der Grazer Bau- und Grünlandsicherungsges.m.b.H., StR. Mag. Dr.Wolfgang Riedler und StR. Mag. Dr. Christian Buchmann, ermächtigen, im Umlaufwege folgendem Antrag zuzustimmen:

- Wahl von GR. Josef Schmalhardt als Vertretung der Stadt Graz in den Aufsichtsrat der Grazer Bau- und Grünlandsicherungsges.m.b.H. an Stelle von GR Martin Khull-Kholwald.

8) A 8-K 20/1984-216

Flughafen Graz Betriebsgesellschaft mit
beschränkter Haftung, Stimmrechts-
ermächtigung für den Vertreter der Stadt
Graz gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967;
Umlaufbeschluss

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.130/1967, i.d.F. LGBl.Nr. 91/2002, beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Flughafen Graz Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Stadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler, wird ermächtigt, folgenden Anträgen mittels Umlaufbeschluss zuzustimmen:

1. Abstimmung im Umlaufweg

2. Der Geschäftsführer der Flughafen Graz Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Mag. Gerhard Widmann, wird ermächtigt, nach Unterfertigung der Punktation durch die zuständigen Organe des Bundes und des Landes Steiermark die Punktation, den Kaufvertrag und Kaufvorvertrag sowie die Abtretungsvereinbarung zu unterfertigen.

Festgestellt wird, dass die beiliegende Punktation, der Kaufvertrag und Kaufvorvertrag sowie die Abtretungsvereinbarung einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung bilden.

9) A 8 – 2/2004-197

Sozialamt, Verein „Die Brücke“,
Sanierung der Vereinsräumlichkeiten;
Kreditansatzverschiebung über
€40.000,00 und Ausgabeneinsparung
über € 100.000,00 in der OG. 2004

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 91/2002 beschließen:

In der OG 2004 wird die neue Fipos

1.42910.777400	„Kap. Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbscharakter“ „Die Brücke“ (aob. 0500) mit	€ 40.000,00
----------------	--	-------------

geschaffen und zur Bedeckung die Fiposse

1.41100.768100	„Sonstige lfd. Transferzahlungen an private Haushalte, SH-Zahlungen“ um	€ 100.000,00
----------------	---	--------------

2.41100.817200	„Kostenbeiträge (Kostenersätze) für sonstige Leistungen“ um	€ 60.000,00
----------------	---	-------------

gekürzt.

10) A 8/4 – 886/2001

Verkauf der Gdst. Nr. 1277/12 und 1277/33, EZ 1647, KG Gries gelegen an der Amselgasse 16, im Ausmaß von 1.018 m², durch die Stadt Graz an Frau Gabriele Diesel; Kaufpreis: € 113.000,- (rd. € 111,-/m²)

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl.Nr. 91/2002, beschließen:

- 1) Der Verkauf der Gdst. Nr. 1277/12 und 1277/33, je EZ 1647, KG Gries, im Ausmaß von 1.018 m², durch die Stadt Graz an Frau Gabriele Diesel, zu einem Gesamtkaufpreis von €113.000,-, wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 2) Der Kaufpreis von € 113.000,- ist von der Käuferin bis zum Tage der grundbuchsfähigen Unterfertigung des Kaufvertrages an die Stadt Graz zu überweisen.
- 3) Sämtliche mit der Unterfertigung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren gehen zu alleinigen Lasten der Käuferin.
- 4) Die Errichtung des Kaufvertrages und die grundbücherliche Durchführung desselben erfolgt durch das städtische Rechtsamt.
- 5) Der Käuferlös ist auf der Fipos 6.84000.001000 zu vereinnahmen.

11) A 8/4 – 806/2004

Roseggerkai/Radetzkystraße
Auflassung als öffentliches Gut und Verkauf von Teilflächen der Gdst.Nr. 53 und Nr. 2688, EZ 50000, KG Jakomini, mit einer Gesamtfläche von 297 m² (€ 390,-/m²) durch die Stadt Graz an die Firma Blumen Oliva, Inhaber Herr DI Bruno Ertl und Frau Rosa Ertl, Gesamtkaufpreis: € 115.830,-

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 und 22 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/67 i.d.F. LGBl. 91/2002, beschließen:

- 1) Die Auflassung von Teilflächen der Gdst.Nr. 53 und Nr. 2688, EZ 50000, KG Jakomini, mit einer Gesamtfläche von 297 m² vom öffentlichen Gut gemäß beiliegendem Lageplan wird genehmigt.
- 2) Der Verkauf des unter Pkt. 1 als öffentliches Gut aufgelassener Teilflächen der Gdst.Nr. 53 und Nr. 2688, EZ 50000, KG Jakomini, durch die Stadt Graz an die Firma Blumen Olivia zu einem Kaufpreis von € 390,-/m², somit € 115.830,-, wird zu den Bedingungen der beiliegenden Vereinbarung, welche einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, genehmigt.
- 3) Die Vermessung, die Errichtung eines grundbuchsfähigen Teilungsplanes sind von der Stadt Graz auf ihre Kosten zu veranlassen.
- 4) Die Errichtung des Kaufvertrages und die Herstellung der Grundbuchsordnung erfolgt durch das Rechtsamt der Stadt Graz.
- 5) Der Kaufpreis von € 115.830,- ist auf der VASSt. 6.84000.001000 zu vereinnahmen.

14) A 8/5 –K - 20/2000-22

Herrengasse 6, Erweiterung des Mietvertrages um Mieträume im 3. Stock im Ausmaß von ca. 192 m²; Antrag auf Zustimmung

Der Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Anmietung von Räumen im Ausmaß von ca. 192 m² im 3. OG des Hauses Herrengasse 6 von der GBG im Rahmen eines Nachtrages zum bestehenden Mietvertrag vom 17.11.2000, laut beiliegendem Entwurf wird zugestimmt.

Der Mietpreis beträgt € 8.36/m² netto wertgesichert, zuzüglich Betriebskosten und Umsatzsteuer. Die GBG stellt als Zusatzausstattung die EDV- und Telefonverkabelung für den Mietgegenstand her und stellt dafür befristet auf 10

Jahre eine monatliche Ausstattungsmiete von 1,035 % der Investitionssumme in Rechnung.

Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Hauptmietvertrages vom 17.11.2000.

16) StMU 46/1-2004

Festlegung der probeweise gültigen Entgelte für das Stadtmuseum Graz; Festlegung von „Richtlinien für die Nutzung des Raumangebotes des Stadtmuseums Graz“

Der Ausschuss für die Verwaltung des Stadtmuseums Graz stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Motivenbericht werden die vorgeschlagenen Entgelte für die Nutzung der Einrichtungen des Stadtmuseums Graz/Garnisonmuseum sowie die diesem Gemeinderatsbericht als integrierender Bestandteil angeschlossenen „Richtlinien für die Nutzung des Raumangebotes des Stadtmuseums Graz“ mit Wirksamkeit 1.11.2004 genehmigt.

Wie im Motivenbericht ausgeführt, erscheint es zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll, die Entgelte für die Nutzung der Einrichtungen des Stadtmuseums Graz sowie dessen Außenstelle Garnisonmuseum neu festzusetzen. Dies deshalb, da mögliche Konsequenzen aus der Aufgabenkritik in Kürze zu berücksichtigen sind und Gegenstand einer gesonderten und möglicherweise sogar gemeinsamen Beschlussfassung mit anderen Institutionen der Stadt Graz werden könnten.

17) StMU 47/1-2004

Publikationen des Stadtmuseums Graz; Regelung des Verkaufspreises, der zu gewährenden Ermäßigungen und der Freixemplare

Der Ausschuss für die Verwaltung des Stadtmuseums Graz stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Verkaufspreis einer im Eigenverlag des Stadtmuseums Graz erscheinenden Publikation wird von der Leitung des Stadtmuseums Graz unter Zugrundelegung vergleichbarer im Hand befindlicher Veröffentlichungen festgesetzt.

Ermäßigungen werden dem Buchhandel im Ausmaß von handelsüblichen 33,3 % sowie AbnehmerInnen ab zehn Exemplaren im Ausmaß von 10 % gewährt.

An Freixemplaren werden abgegeben:

8 Pflichtexemplare (je zwei für: Steiermärkische Landesbibliothek, Stadtbibliothek Graz, Universitätsbibliothek, Österreichische Nationalbibliothek);

je zwei Exemplare für die mitwirkenden AutorInnen;

max. 50 Exemplare für die Öffentlichkeitsarbeit (Presse etc.);

max. 30 Exemplare für den Schriftentausch insbesondere mit anderen Institutionen;

je ein Exemplar für LeihgeberInnen im Zusammenhang mit Ausstellungen (falls von der/dem jeweiligen LeihgeberIn vertraglich nichts anderes festgelegt wurde);

Dem/der zuständigen Stadtsenatsreferenten/in sowie der Leitung des Stadtmuseums wird ermöglicht, bis zu jeweils max. 30 Exemplare für Gastgeschenke/Repräsentationszwecke zu verwenden.

Es obliegt der Leitung des Stadtmuseums Graz in Abstimmung mit der/dem zuständigen Stadtsenatsreferenten/in, ein Jahr nach dem Erscheinen einer Publikation, diese um bis zu 30 % ihres ursprünglichen Verkaufspreises abzuverkaufen.

Die für die Versendung von Katalogen zu entrichtende Postgebühr wird nach Maßgabe der Tarifbestimmungen der Österreichischen Post AG seitens des Stadtmuseums dem/der EmpfängerIn verrechnet.

NT 2) A 8- K 292/1994-65

Straßenamt, Überwachung der Kurzparkzonen, Option-Verlängerung; Projektgenehmigung in der OG 2005/06

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. 91/2002 beschließen:

Die Projektgenehmigung für die Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen mit einem jährlichen Finanzbedarf von € 3.282.000,- inkl. MWSt. und wertgesichert wird beschlossen.

NT 3) A 10/1P-068899/2004-1

Parkraumbewirtschaftung – Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen; Wahrnehmung der Option – Verlängerung des Werkvertrages mit der Firma Group 4 Falck AG (vormals Group 4 Securitas Austria AG) für die Dauer eines Jahres vom 1.7.2005 bis 30.6.2006; Projektgenehmigung über € 3.282.000,- zuzüglich Wertsicherung in der OG 2005 bis 2006

Der Ausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z 10 in Verbindung mit § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 91/2002 beschließen:

Die Projektgenehmigung für die Wahrnehmung der Option der Verlängerung des Werksvertrages, gefertigt auf Grund des Beschlusses des Vergabeausschusses vom 27.4.2000, abgeschlossen zwischen der Stadt Graz und der Firma „Group 4 Falck AG“, vormals „Group 4“, Securitas Austria AG“, Grieskai 47a, 8020 Graz wird innerhalb der möglichen Option von bis zu höchstens 3 Jahren vorerst auf die Dauer eines Jahres vom 1.7.2005 bis 30.6.2006 bei unveränderter Gültigkeit aller

Bestimmungen in der OG 2005 bis 2006 erteilt sowie die Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung genehmigt.

NT 7) A 8 – K 964/1998-203

Graz 2004 Kulturhauptstadt Europas
Organisations GesmbH;
Ermächtigung für den Vertreter der Stadt
Graz gem. § 87 Abs. 2 des Statutes der
Landeshauptstadt Graz 1967;
Umlaufbeschluss betreffend Ver-
längerung GF-Dienstvertrag

Der Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl.Nr. 91/2002 beschließen:

Der Vertreter der Stadt Graz in der Graz 2003 – Kulturhauptstadt Europas Organisations GmbH, StR. Mag. Dr. Wolfgang Riedler, wird ermächtigt, mittels beiliegendem Umlaufbeschluss insbesondere folgendem Antrag zuzustimmen:

Vereinbarung betreffend die Änderung von § 13 des bestehenden Geschäftsführerdienstvertrages von Mag. Robert Günther über die unbefristete Verlängerung des Dienstvertrages mit Kündigungsmöglichkeit binnen Monatsfrist bzw. Automatischer Auflösung des Dienstverhältnisses bei Liquidation oder Fusion der Gesellschaft.

2. NT 1)) Präs. 10854/2003-3

Abteilung für Steuern und Abgaben,
Umbenennung

Der Ausschuss für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte stellt den Antrag, der Gemeinderat möge die

Umbenennung der „Abteilung für Steuern und Abgaben“ in „Abteilung für Gemeindeabgaben“ beschließen.

Die Anträge 4), 6), 8), 9), 10), 11), 16), 17), NT 2), NT 3), NT 7 und 2. NT 1) wurden einstimmig angenommen.

Der Antrag 14) wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Mayr

1) Präs. 13852/2003-13

Reformprojekt 2000+, Magistratsstruktur,
Umsetzungsprojekt Einrichtung
„Abteilung für personenbezogene
Verfahren“

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Es geht hier um zwei Stücke, zwei Umsetzungsprojekte zum Reformprojekt 2000. Beim ersten Stück geht es um die Einrichtung der Abteilung für personenbezogene Verfahren. Hier geht es um eine Zusammenführung der Magistratsabteilungen 2, 4 ohne Betriebsanlagen, der Magistratsabteilung 18, Einwohnerwesen und Wahlen, sowie 19, Marktaufsicht. Zusätzlich wurde überlegt und soll auch beschlossen werden, das Kundenportal Service Center der Stadt Graz organisatorisch hier zuzuordnen, das gehört derzeit zum Präsidentialamt. Zirka 90 % der Produkte der künftigen Abteilung für personenbezogene Verfahren werden von diesem Service Center erbracht und es macht hier durchaus Sinn. Die Abteilung soll BürgerInnenamt heißen und die Abteilungsnummer 2 erhalten. Der Ausschuss für Personal, Verfassung, Organisation, EDV stellt daher den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, die Abteilung 2, 4 ohne Betriebsanlagen, 18, Einwohnerwesen und Wahlen, 19, Marktaufsicht, sowie das Service Center der Stadt Graz zu einer Abteilung mit der Bezeichnung BürgerInnenamt zusammenzuführen, das Personalamt wird mit den erforderlichen Änderungen des Dienstpostenplanes beauftragt. Der Ausschuss bittet um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Mag.-Abt. 2, Mag.-Abt. 4 (ohne Betriebsanlagen), Mag.-Abt. 18/Einwohnerwesen und Wahlen, Mag.-Abt. 19/Marktaufsicht sowie das Service Center der Stadt Graz werden zu einer Abteilung mit der Bezeichnung „BürgerInnenamt“ zusammengeführt.
2. Das Personalamt wird mit den erforderlichen Änderungen des Dienstpostenplanes beauftragt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mayr

2) Präs. 13852/2003-14

Reformprojekt 2000+, Magistratsstruktur, Umsetzungsprojekt Rechtsamt – Zuordnung des Bereiches Zivilrecht zum Präsidialamt und des Bereiches Gesundheits- und Veterinärrechts zum Gesundheitsamt mit Wirksamkeit 1.1.2005

GR. **Mayr**: Beim zweiten Umsetzungsprojekt geht es um Zuordnungen aus dem Rechtsamt und zwar des Bereiches Zivilrecht zum Präsidialamt und des Bereiches Gesundheits- und Veterinärrechts zum Gesundheitsamt und zwar mit der Wirksamkeit ab 1.1.2005. Der Gemeinderat wolle beschließen, ist der Antrag des Ausschusses, die Aufteilung der Magistratsabteilung 3 durch Zuordnung des Bereiches Zivilrecht zum Präsidialamt und des gesundheits- und veterinärrechtlichen Bereiches zur Magistratsabteilung 7 durchzuführen. Das Personalamt wird wieder mit den erforderlichen Änderungen des Dienstpostenplans beauftragt.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Aufteilung der Mag.-Abt. 3 durch:

- Zuordnung des Bereiches Zivilrecht zum Präsidialamt
- Zuordnung des gesundheits- und veterinärrechtlichen Bereiches zur Mag.-Abt. 7

2. Das Personalamt wird mit den erforderlichen Änderungen des Dienstpostenplanes beauftragt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Schönegger

3) Präs. 71412/2004-1,2

Volksbefragung gem. § 155 ff Stmk.
Volksrechtegesetz über Grazer
Gemeindewohnungen;

I) Entscheidung gem. § 158
Stmk. Volksrechtegesetz;
Stattgebung

II) Verordnung gem. § 159 Stmk.
Volksrechtegesetz

GR. **Schönegger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es geht hier um eine Volksbefragung gemäß den § 155 ff des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes, Inhalt dieser Volksbefragung soll sein die Zukunft der Grazer Gemeindewohnungen. Mit 17. 9. dieses Jahres wurde beim Bürgermeister eben ein Antrag auf die Durchführung einer solchen Volksbefragung eingebracht und heute sollten wir erstens diesem Antrag stattgeben, zweitens eine Verordnung erlassen, die die technische Ausgestaltung und die Durchführung dieser Volksbefragung regelt. Nachdem formalrechtlich dieser Volksbefragung nichts entgegensteht, darf ich um Annahme bitten.

Der Berichterstatter stellt namens des Stadtsenates den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß §§ 158 und 159 Stmk. Volksrechtgesetz, LGBl. 87/1986 idF. LGBl. 51/1999 beschließen:

I.

1. Dem Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung über die Ausgliederung bzw. Privatisierung der Grazer Gemeindewohnungen wird gemäß dem in der Beilage angeschlossenen und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Bescheid, GZ.Präs. 71412/2004-1, stattgegeben.
2. Die Magistratsabteilung 18 – Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen wird beauftragt, die beiliegende Entscheidung an den Zustellungsbevollmächtigten

Herrn Stadtrat Ernest Kaltenegger
Lagergasse 98a
8020 Graz

nachweislich zustellen zu lassen und unverzüglich alle für die gesetzeskonforme Durchführung der Volksbefragung notwendigen Schritte zu veranlassen.

II.

1. Die Durchführung einer Volksbefragung wird gem. § 159 Stmk. Volksrechtgesetz, LGBl.87/1986 idF LGBl. 51/1999 gem. der in der Beilage angeschlossenen und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichtes bildenden Verordnung, GZ.Präs. 71412/2004-2 angeordnet.
2. Die Magistratsabteilung 18 – Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen wird beauftragt, die Verordnung GZ.Präs. 71412/2004-2, zu verlautbaren und die Volksbefragung nach den Bestimmungen des Stmk. Volksrechtgesetzes durchzuführen.

GR. Khull-Kholwald: Sodann, wer sich da jetzt lautes Geschrei, Zeter und Mordio erwartet, wird vielleicht ein bisschen enttäuscht heute nach Hause gehen. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss oder nehme

dieses Stück zum Anlass, um darzulegen, warum ich mit der KPÖ-Fraktion einen Bruch setzen musste, weil eben diese Dinge ein wesentlicher Punkt darin waren. Sie gestatten mir vielleicht ein paar kurze Vorbemerkungen. Wer in Würde aus einem Beziehungsgeflecht ausscheidet, ist wohl in erster Linie einmal selbst dafür verantwortlich, dass diese Würde auch dem Akt gegeben wird. Auch wenn es mir vielleicht danach wäre, mich hier lautstark zu rechtfertigen, so bin ich, denke ich, doch in erster Linie verpflichtet, dies leise und sachlich zu machen. Vielleicht mit etwas euphorischen Worten; wird ein Verteidiger am Arm geklammert, so ist es ihm durchaus zulässig, den Arm zu entwinden und die Faust aufs Brustbein des Angreifers niedersausen zu lassen, es mag auch noch ein weiterer nachsetzender Fauststoß zulässig sein, spätestens dann jedoch ist die Grenze einfach erreicht, die der Verteidiger nicht überschreiten darf, ohne selbst zum Aggressor zu werden. Dieser Verteidigungsschlag ist an sich schon passiert, die Möglichkeit, noch einmal nachzusetzen, um klare Fronten zu schaffen, denke ich, steht mir aber zu. Tatsächlich nämlich hat diese Kampagne der KPÖ mich veranlasst, mich in der Realität neu zu positionieren. Dies deshalb, weil die Realität mit den Annahmen, die hinter dieser Kampagne stehen, recht weit auseinander klafft. Ich möchte mich diesem Problem mit Ihnen gemeinsam recht behutsam nähern. Wenn es regnet, oder so wie heute nieselt, dann ist die Straße nass, heute nieselt es tatsächlich, die Straße ist nass. Diese Verwendung des Wortes „wenn“ ohne Konjunktiv führt für alle von uns zu nachvollziehbaren Schlussfolgerungen, wie dies in diesem einfachen Beispiel, das ich da jetzt genannt habe. Die Argumente der KPÖ sind aber leider nach einem anderen Muster gestrickt. Ich darf zugeben, sehr vereinfacht, um Ihre Zeit nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen, hieraus ein Argument entnehmen. Erstens: Wenn die 5000 Gemeindewohnungen ausgegliedert werden, können die dafür notwendigen Kredite aus den Mieten nicht finanziert werden. Die Stadt Graz könnte zweitens die Raten nicht mehr zahlen, letztendlich wäre der Zwangsverkauf an eine Immobilienfirma als Konsequenz unvermeidlich. Ein zweites ähnliches Argument, das ich lange Zeit recht unreflektiert mitgetragen habe, möchte ich Ihnen vielleicht auch nicht vorenthalten. Erstens: Wenn die Stadt der Argumentation der KPÖ gefolgt wäre und kein Kunsthaus gebaut hätte, so hätte sie jetzt weniger Schulden. Daraus folgt, daher stimmt die KPÖ der Auslagerung von Immobilien an die GBG nicht zu, Es ließe sich sicherlich noch eine Reihe weiterer solche Argumente finden, ich möchte Ihnen aber jetzt gleich sagen, nach welchem Typ

diese konstruiert sind. Und als Steirerinnen und Steirer werden Sie mir, glaube ich, da folgen können und sehen, wo der Hund begraben ist. Erstens: Wenn das Wörtchen „wenn“ nicht wäre, dann wäre der Kuhdreck Butter. Zweitens: Das Wörtchen „wenn“ existiert nicht. Drittens: Kuhmist ist identisch mit Butter. Ergänzen Sie nun bitte das Beispiel mit dem Kunsthaus um die zweite hypothetische Annahme, nämlich, dass die Stadt kein Kunsthaus gebaut hat und Sie werden sofort das gleiche Problem mit der KPÖ haben, unter dem ich leiden musste. Dieses Realitätsproblem verunmöglicht es mir nun, einen Zwangsverkauf der Gemeindewohnungen auch nur in die Nähe des theoretisch Möglichen zu rücken. Das war jetzt sozusagen das Ende des Befreiungsschlages und ganz zum Schluss sei mir bitte eine Frage an dich, lieber Stadtrat Kaltenegger, gestattet, auch wenn ich jetzt davon ausgehe, dass die Frage wahrscheinlich zumindest im Detail unbeantwortet bleiben muss, möchte ich sie trotzdem, eben sozusagen zur Klärung der Fronten, stellen. Die Stadt Graz hat 76 Millionen Euro durch Immobilienauslagerungen verbucht an die GBG, um Budgets in der ordentlichen Gebarung zustande zu bringen. Jetzt kommt die Frage: Mit welchen Mitteln, und bei dieser Frage komme nun ich, Gott sei Dank, in die Möglichkeit, den Konjunktiv verwenden zu müssen, hättest du das gleiche Ziel erreicht?

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 14.50 Uhr den Vorsitz.

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Für die KPÖ-Fraktion möchte ich allen Grazerinnen und Grazern dafür danken, dass sie es mit ihrer Unterschrift möglich gemacht haben, dass die Bürger selbst über die Zukunft der Gemeindewohnungen abstimmen können, wie das im Volksrechtegesetz vorgesehen ist, das ÖVP und SPÖ seinerzeit gemeinsam im Land beschlossen haben. Das öffentliche Eigentum wird im stillen Kämmerlein verkauft und privatisiert. Wer dafür eintritt, dass die Kernaufgaben unserer Stadt erhalten bleiben, der braucht die Öffentlichkeit, das zeigt auch die Auseinandersetzung um diese Frage. Wir wissen, dass in diesem Gemeinderat nicht alle mit unserer Haltung einverstanden sind.

Deshalb haben wir mit Kritik gerechnet. Schließlich geht es ja um nicht weniger als um einen Grundsatzbeschluss über die zukünftige Wohnungspolitik in Graz. Auf scharfe Debatten sind wir gefasst. Dabei sollte man den Boden der Tatsachen nicht verlassen, das hat die SPÖ in ihrer Zeitung „Graz aktuell“ aber getan. Konkret wird darin dem Wohnungsstadtrat Kaltenegger unterstellt, dass mit seiner Zustimmung bislang rund 100 Wohnungen verkauft worden wären, diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. Wahr ist vielmehr, dass Stadtrat Kaltenegger bereits im Jahre 1992 als einziger Mandatar im Gemeinderat gegen einen Verkauf von Gemeindewohnungen gestimmt hat. Weiters hat er sich auch als Stadtrat immer gegen einen Verkauf von Gemeindewohnungen ausgesprochen. Der KPÖ-Klub hat im Gemeinderat immer gegen die Stücke über den Verkauf der Gemeindewohnungen gestimmt. Was sollen diese Behauptungen, ist das der neue Stil der SPÖ? Kuschelkurs mit der ÖVP auf der einen Seite, Falschmeldungen über die KPÖ auf der anderen Seite. Eines stimmt aber sogar in diesem Artikel, die SPÖ wirft uns vor, dass wir für den Erhalt der Zweigstellen der Stadtbücherei eintreten. Darauf sind wir stolz (*Applaus KPÖ*) und in dieser Frage hat sich sogar bei SPÖ und ÖVP die Einsicht durchgesetzt, dass man über die Menschen nicht drüberfahren kann. Mit diesem Stück legen wir die Zukunft der Gemeindewohnungen in die Hände der Grazerinnen und Grazer. Ich hoffe, dass viele von ihnen dieses Recht auch wahrnehmen und an der Volksbefragung teilnehmen werden. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper:** Werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! In seiner typischen, sympathischen und immer sehr reflexiven und tiefgängigen Form, wenn er sich zu Wort gemeldet hat und auch heute, Martin Khull-Kholwald, eigentlich eine Innenschau gegeben der KPÖ-Fraktion. Ich möchte mich nicht ungebührlicherweise, liebe Elke Kahr, in eure Belange einmischen, es steht mir auch nicht zu, das ist euer Kaffee, aber ich wiederhole das auch nicht, was ich jetzt gesagt habe, ihr habt es eh mitbekommen. Aber ich habe festgestellt, dass Martin Khull-Kholwald eine genaue und sehr konkrete Analyse gegeben hat, was eure Politik ist, nämlich diese Nein-Politik, die eigentlich dazu führt, dass man der Realität nicht ins Auge blicken will und nicht blicken kann. Und er hat auch in einem Interview jüngst gemeint, das, was alles hier gemacht wird seit Wochen und Monaten, sei nichts anderes als ein durchaus

taktisch kluger Schachzug der KPÖ für die kommende Landtagswahl. Nur etwas zum Partei- und Wahltaktischen, weil dies ja immer auf den Rücken der Mieterinnen und Mieter erfolgt, wenn solche politischen Schachzüge getroffen werden. Wir SozialdemokratInnen sagen, die Demokratie ist es wert, und sie ist es unbestritten, und selbstverständlich muss sie auch was kosten, gar keine Frage. Entscheidungen, die nicht vom Volke ausgehen und die nicht durch demokratisch legitimierte Organe erfolgen, sondern nur durch die Briefftasche oder die, die es sich leisten können, lehnen wir bekanntlicherweise ab, dazu zählt natürlich auch zum demokratischen Instrumentarium eine Volksbefragung, deren Wert und Bedeutung nicht nur an den Kosten zu messen sind, gar keine Frage. Die von der KPÖ initiierte Volksbefragung gegen den einzig und allein von euch herbeigeredeten Verkauf von Gemeindewohnungen darf sowohl und muss sogar hinsichtlich der Sinnhaftigkeit und auch der Kosten hinterfragt werden. Denn die Bürgerinnen und Bürger werden sich berechtigterweise fragen, und sie werden Sie fragen, macht es Sinn, etwas zu befragen, was überhaupt nicht zur Diskussion steht? Ausgenommen die Tatsache, dass die KPÖ damit Medienpräsenz sich erfreuen darf oder kann oder will. Denn die Grazerinnen und Grazer müssen nämlich für diese Volksbefragung tief in die Tasche greifen. Im Nachtragstagesordnungspunkt 5) der heutigen Gemeinderatssitzung hören wir, dass knapp 400.000,- Euro dafür aufzuwenden sein werden, 400.000,- Euro, liebe Kolleginnen und Kollegen der KPÖ. Wenn ihr schon darüber redet, was mit Steuergeldern passiert und dazu kommen weitere Kosten, die sich noch hinzurechnen müssen, außer dieser Budgetwirksamkeit, der wir nach dem Volksrechtesgesetz natürlich unsere Zustimmung geben werden, nämlich der Kosten der Urlaubstage, der Kosten der Überstunden etc, wir überschreiten die Halbe-Million-Grenze an Kosten für eine Veranstaltung, wo ihr nur von Annahmen und von willentlicher und wissentlicher Annahme redet, was gar nicht stattfinden wird. Wir haben dauernd erklärt und das tun wir nicht erst jüngst, sondern die letzten Jahre, die von den Parteivorsitzenden Stingl über Kaltenbeck-Michl zu Ferk, aber schon seit Muchitsch-Zeiten, um unserer Tradition gemäß. Wir werden es nicht zulassen, dass MieterInnen von Gemeindewohnungen schlechter gestellt werden und dass sie zu Lasten und zu Schaden kommen. Wir werden auch Vorgangsweisen nicht die Zustimmung geben, die nicht ihnen zugute und zunutze sind. Aber etwas anzunehmen, das nur eurer politischen Vorstellung entspricht und nur euren Landtagswahlbestrebungen entspricht, lehnen wir strikte ab und wir sehen darin nur

eine Vergeudung von Steuergeldern, obwohl wir formalrechtlich natürlich dem Volksrechtesgesetz die Zustimmung erteilen werden. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.03 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Spath**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Es liegt uns heute ein Antrag vor, bei dem wir eine Volksbefragung beschließen, die in meinen Augen nicht notwendig gewesen wäre. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir im Gemeinderat einen Beschluss gefasst haben, Gemeindewohnungen zu privatisieren, auszugliedern oder zu verkaufen. Warum wird jetzt die Grazer Bevölkerung an einem Sonntag im Advent gebeten, über eine Frage abzustimmen, die gar nicht Sache ist. Auf welcher Grundlage passiert also diese Volksbefragung? Das wäre so, als ob die Feuerwehr das Haus bereits löschen würde, bevor es überhaupt brennt, mit dem Argument, es könnte ja einmal brennen (*Applaus ÖVP*). Der Grazer Gemeinderat hat vielmehr eine Studie in Auftrag gegeben, die sich mit der strategischen Analyse der Wohnhausverwaltung der Stadt Graz befasst. Ein erster Zwischenbericht liegt vor und der sieht einige Verbesserungsvorschläge vor. Maßnahmen, die Sie, Herr Stadtrat Kaltenegger, in den letzten sechs Jahren setzen hätten müssen. Und er zeigt auch, dass andere Landeshauptstädte, und ich denke dabei an Salzburg, eine Ausgliederung der Verwaltung, keine Schlechterstellung für Mieter, aber eine Besserstellung für den Steuerzahler bedeutet. Eine Ausgliederung würde auch die Lebensqualität in Gemeindewohnungen verbessern, ich denke dabei an einen raschen Einbau von Liften in mehrstöckigen Häusern, um unseren älteren Bewohnern das mühsame Stiegensteigen zu ersparen (*Applaus ÖVP*). Ich sehe in dieser Volksbefragung einen puren Populismus eines Stadtregerers, wie wir das heute schon mehrmals gehört haben, vom Gemeinderat Kollegen Khull-Kholwald, in Zeiten, wo Sparen angesagt ist, brauchen wir Stadtregerer, die Sachen anpacken, Dinge umsetzen und Verantwortung übernehmen und nicht Nein-Sager, wenn zum Beispiel Mieter ihre Gemeindewohnungen käuflich erwerben wollen oder es darum geht, Überlegungen anzustellen, wie Geld in die Stadtkasse fließen könnte. 16.931

Grazerinnen und Grazer haben bei der Unterschriftenaktion der KPÖ unterschrieben, das sind 7 % der Grazer Bevölkerung. Der Umkehrschluss lautet: Das bedeutet, das 93 % der Grazerinnen und Grazer Ihrem Begehren die Zustimmung verweigert haben und diese 93 % der Grazer Bevölkerung wollen wir vertreten (*Applaus ÖVP*). Ich bin auch gespannt, wie Sie, Herr Stadtrat Kaltenegger, der Grazer Bevölkerung erklären, dass 600.000,- Euro Steuergeld, das sind in Summe, die Kosten der Volksbefragung, wie wir gerade gehört haben, vom Herrn Klubobmann, beim Fenster hinausgeworfen werden. Wissen Sie, was wir mit diesen 600.000,- Euro für die Stadt machen könnten? Man könnte 60 Nasszellen in Gemeindewohnungen einbauen, man könnte mehr als 4000 sozial bedürftigen Grazerinnen und Grazern eine Mietzinszahlung bezahlen. Mit dieser Volksbefragung verunsichern Sie die Mieterinnen und Mieter und die Menschen unserer Stadt. Panikmache hat noch nie Probleme gelöst (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder:** Wir werden in allernächster Zeit, nehme ich an, eine hoffentlich intensive Diskussion zum so genannten Demokratiepaket in diesem Hause führen und ich merke an der Argumentation meiner Kollegen, dass das auch höchst notwendig ist. Herr Kollege Spath, Demokratie kostet etwas und wenn Sie jetzt lamentieren beginnen, dass hier Geld hinausgeworfen wird, weil eine Partei, und ich vertrete das nicht, was die KPÖ vertritt, aber wenn eine Partei sich dieses Mittels bedient, das für mich als Grüne im Wesentlichen aber ein Mittel für die Bevölkerung wäre und eine Partei, die in der Stadtregierung sitzt, sollte sich dieses Mittels nicht in dieser Form bedienen, aber, und jetzt komme ich wieder zurück zu Ihnen, Herr Kollege Spath, dieses Geld ist Geld für die Demokratie und das kostet etwas, Menschen zu befragen und ihnen auch das Recht zu geben, sich zu äußern und insofern muss ich sagen, bin ich schon manchmal ganz schön erstaunt über demokratische Vorstellungen von Kolleginnen und Kollegen anderer Fraktionen. Sie, meine lieben KollegInnen von der ÖVP und auch von der SPÖ, Sie hätten dem Antrag, der von der KPÖ gestellt wurde, gegen den Ausverkauf und gegen die Privatisierung von Wohnungen, von Gemeindewohnungen zustimmen können und kein Mensch hätte mehr die wilde Fantasie dann gehabt, dass Sie tatsächlich, die ÖVP, wenn ich Sie sage, meine ich jetzt die ÖVP und die SPÖ, dass Sie daran

denken, irgendwo da hinten, dann doch die Wohnungen auf den Markt zu schmeißen (*Applaus KPÖ und Grüne*). Sie hätten mitstimmen können, Sie haben es vielleicht aus gutem Grund nicht getan, wir von den Grünen haben es getan, es gehört zur Grundversorgung der Menschen und vor allem jener Menschen, die die Bedürftigkeit haben, dass sie diese Wohnungen zur Verfügung gestellt bekommen. Ich wundere mich natürlich auch darüber, und ich bin schon in einer eigenartigen Situation jetzt, wir leben in einer Demokratie und dass eine Partei, wie die KPÖ auch für die Landtagswahlen kandidieren will, ja, das ist ihr gutes Recht und Ihre Politik hat die KPÖ bitte so stark werden lassen, ja ich meine und da wundern Sie sich (*Applaus KPÖ und Grüne*), also das ist ja wirklich allerhand, muss ich sagen. Also ändern Sie Ihre Politik, meine lieben Damen und Herren von der ÖVP und der SPÖ, und es wird vielleicht ein anderes politisches Spektrum in diesem Land geben. An den Kollegen Kaltenegger habe ich aber dennoch meine Fragen. Ernest Kaltenegger, du bist, und das hat auch, glaube ich, der Kollege Spath angesprochen, auch der Kollege Karl-Heinz Herper hat das angesprochen, du bist lange Zeit Stadtrat und hast die Wohnungsfrage sozusagen als Ressort bekommen. Du hast dir viel Wissen angeeignet, viel Kompetenz und ich habe, und an das kann ich mich erinnern, schon im Wahlkampf zu diesen Gemeinderatswahlen immer wieder gesagt, du bist der beste Verwalter dieser Wohnungen, aber du bist nicht Politiker in der Wohnungsfrage. Von dir vermisse ich genau das, was ich eigentlich an einem guten Politiker und einer guten Politikerin voraussetze, ich vermisse von dir wirklich die Initiative, die Ideen, die Fantasien, etwas zu verändern in dieser Frage (*Applaus ÖVP*). Ich brauche ihren Applaus überhaupt nicht, ich lege keinen Wert auf Ihren Applaus. Aber diese Frage muss ich dem Herrn Kaltenegger stellen...

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Binder:** Na klar, ich kann mir den Applaus nicht aussuchen, das ist vollkommen richtig aber insofern nehme ich ihn halt auch in Kauf, macht auch nichts. Herr Kollege Spath, es ist schon ein einfaches Argumentationsmuster, wenn Sie

sagen, Ausgliederung der Verwaltung, Sie hätten da recherchiert. Und in Ihrer Recherche sei herausgekommen, überall dort, wo die Verwaltung ausgegliedert wurde, wäre die Lebensqualität verbessert worden. Wissen Sie was, Herr Kollege Spath, wir haben das nämlich auch gemacht, auch wir haben nachrecherchiert, weil wir natürlich uns auch immer wieder die Unterlagen von anderen Städten zukommen lassen, um einen Meinungsbildungsprozess bei uns auch entsprechend in Gang halten zu können. Die Lebensqualität ist auf Kosten höherer Mieten gestiegen, wenn Sie so wollen, für mich ist das kein Steigen, denn die Menschen, die Gemeindewohnungen benötigen oder der Großteil von jenen Menschen, die können sich keine Steigerung von Mieten leisten, das geht nicht. Und wenn diese Stadt noch ein soziales Gewissen hat, dann werden Sie, Herr Kollege Spath, in Ihrer ÖVP-Fraktion alles dazu tun, dass die Verwaltung beziehungsweise dass die Gemeindewohnungen in den Gemeindebauten nicht privatisiert werden, dann werden Sie alles dafür tun. Insofern, ich mache jetzt Schluss, Herr Kollege Kaltenegger, bitte von dir erwarte ich mir, und offenbar sehr viele, wir erwarten uns eine Initiative, wir erwarten uns eine Veränderung und nicht einfache Erklärungsmuster für die Öffentlichkeit, denn ich weiß schon, Franz Stefan Parteder betont das auch immer, wir haben so eine breite Palette an Wählerinnen und Wählern und wir müssen halt alle bedienen. Das wird nicht gehen, alle wird man nicht bedienen können und Ihr habt ein Wählerpotential mit euren einfachen Erklärungsmustern an Land gezogen, das euch noch ziemliche Schwierigkeiten bereiten wird und zu Recht (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Candussi**: Zwei kleine Nachsätze noch zur Gerhard Spath. Das eine, diese Ausgliederung der Verwaltung, diese Auslagerung, die uns immer als Einsparung verkauft wird. Ich finde das ja wirklich lustig, auf der einen Seite debattieren und sagen wir, ja neun Stadträte/Stadträtinnen/Stadtsenatssitze sind zu viel und deshalb sparen wir zwei ein, weil das so viel Einsparung bringt. Bitte rechnen wir einmal zusammen, was die ganzen Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen, die wir in ausgelagerten Firmen der Stadt mittlerweile bezahlen, was die alle zusammenbringen, da haben wir mittlerweile wesentlich mehr Geld ausgegeben, als diese zwei Stadtsenatsposten uns kosten würden. Also diese

Einsparung ist nicht wirklich eine, das ist der Punkt eins und der zweite, lieber Gerhard, Bruno Kreisky ist schon berühmt geworden mit seiner Zwentendorfschen Milchrechnung nach der für ihn nicht besonders erfolgreichen Volksbefragung. Aber deine hat heute wirklich alles geschlagen und im Sinne deiner Rechnung zu sagen, es haben nur so und so viel tausend Leute unterschrieben und deshalb ist allen anderen das Thema wurscht oder die wären, wie du sagst, sogar dafür, dass alles so bleibt, dann erlaube mir die Rechnung, die ÖVP hat ungefähr 35 %, glaube ich, gemacht bei den letzten Wahlen, bei einer Wahlbeteiligung von ungefähr 60 %, das heißt, ihr vertretet die Interessen von mickrigen 20 % der Bevölkerung, mit welcher Berechtigung stellt ihr den Bürgermeister, 80 % der Grazerinnen und Grazer sind gegen das, was ihr für diese Stadt wollt, lieber Gerhard, denke einmal drüber nach (*Applaus Grüne*)

StR. **Kaltenegger**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin froh, dass einmal im Gemeinderat auch über dieses Thema einmal ausführlicher diskutiert wird. Also ich komme darauf gerne noch einmal zurück, also es hat eine Reihe von Stücken auch gegeben. Warum gibt es überhaupt diese Volksbefragung? Es wurde heute schon einmal angesprochen, das war keine mutwillige Entscheidung der KPÖ-Fraktion, eine Volksbefragung durchzuführen, sondern das war die einzig logische Konsequenz nach einer Ablehnung eines Dringlichkeitsantrages durch SPÖ, ÖVP und FPÖ, wonach sich der Gemeinderat klar und deutlich gegen einen Verkauf und gegen...

Zwischenruf unverständlich.

StR. **Kaltenegger**: Das stimmt ja absolut nicht, bitteschön, also das ist ein bisschen ein Unsinn. Der Dringlichkeitsantrag wurde heuer gestellt von der Kollegin Elke Kahr im März und die ersten Aktivitäten in Richtung Volksbefragung hat es Ende März/Anfang April gegeben, als wir gesehen haben, dass es keine Mehrheit für einen

Verbleib der Gemeindewohnungen im städtischen Besitz gibt. Das war die einzige Möglichkeit, die man hat, um sich noch Gehör zu verschaffen und auch um dieses Anliegen durchzusetzen. Warum wir Gemeindewohnungen brauchen, denke ich, muss hier nicht besonders erklärt werden. Es gibt tausende Menschen, die keine Chancen haben, sich auf dem so genannten freien Markt wohnzuversorgen. Für sie ist die Stadt die einzige Alternative, um eine menschenwürdige Wohnung zu bekommen. Es gibt schon auch noch billige Wohnungen, die kenne ich auch sehr gut, die gibt es sogar im Nobelviertel, allerdings dann etwas abwärts vom Eingang. Das muss man schon auch feststellen. Zur Frage der Kosten, weil das die SPÖ und die ÖVP sehr sorgt. Diese Kosten, stimmt, hätten wir uns ersparen können, also hätte der Gemeinderat seinerzeit anders entschieden, aber ich muss auch der Kollegin Sigi Binder Recht geben, Demokratie kostet etwas und jetzt muss man auch vielleicht, wenn man zu den Kosten kommt, einen anderen interessanten Vergleich anstellen, der auch mit dem Verkauf städtischen Eigentums zusammenhängt. Es wurde der Energiebereich der Grazer Stadtwerke zu 49 % verkauft, es hat keine Volksbefragung gegeben dazu, sondern man hat in trauter Eintracht zwischen SPÖ, ÖVP und FPÖ fünf Weisen bestellt, die diesen Verkauf einleiten sollten, vorbereiten sollten. Was glauben Sie, wie viel diese fünf Weisen gekostet haben? 3,6 Millionen Euro. Die Volksbefragung, wir fragen jetzt 178.000 Weise, was sie dazu meinen, das kostet uns nicht einmal 15 % von dem Betrag, den Sie so einfach ausgegeben haben, um das vorzubereiten, was sie ohnehin schon vorher wollten (*Applaus KPÖ*) und von wegen, wir denken überhaupt nicht daran, die Wohnungen zu verkaufen. Das kommt mir sehr bekannt vor, so ähnlich hat es auch geheißen, als es um einen möglichen Verkauf der Stadtwerke gegangen ist, als die Weisen eingesetzt wurden, hat es geheißen, na niemand denkt doch, jetzt gleich zu verkaufen, wir wollen einmal die Optionen prüfen, wir wollen einmal schauen, welche Möglichkeiten es gibt, um das Unternehmen nach vor zu bringen. Das war die Argumentation, die Wirklichkeit war eine andere. Im Bericht des Untersuchungsausschusses zur Klärung der politischen Verantwortung für die Missstände im Zusammenhang mit der ESTAG kann man heutzutage etwas Interessantes nachlesen. Also lange, bevor man zugegeben hat, dass man die Stadtwerke, einen Teil verkaufen möchte, da haben nur die fünf Weisen sich überlegt, was könnte man unter Umständen machen, hat es ein Treffen gegeben, an dem auch Stadtpolitiker teilgenommen haben, das hat stattgefunden am 3. Oktober 2001 und zwar das trifft die Sache genau,

wahrscheinlich genauer, als manche es wahrhaben wollen. Und zwar ist es um den Verkauf der Grazer Stadtwerke gegangen, ein Gespräch mit dem ESTAG-Vorstand, daran haben teilgenommen die Landesräte Paierl und damals auch, Gemeinderat noch, Wolfgang Riedler.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Was?

StR. **Kaltenegger:** Wenn dieser Untersuchungsausschuss nicht falsch informiert, dann wird es schon so gewesen sein. Da lautet es, wenn ich daraus zitieren darf. In der selben Vorstandssitzung wird in der Folge mit Landesrat Paierl und Gemeinderat Riedler die Gesamtkonzeption im Detail erörtert und da ist es auch schon um den Verkauf des Energiebereiches gegangen. Also man hat damals schon sehr wohl gewusst,...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das ist eine Lüge.

StR. **Kaltenegger:** Dann bitte ich, den Untersuchungsausschuss zu korrigieren, ich nehme das gerne zur Kenntnis, aber wir können es auch wieder ganz ohne weiters zurückbringen auf die Gemeindewohnungen.

Zwischenruf unverständlich.

StR. **Kaltenegger**: Ja selbstverständlich, bitte, ich kann sagen, Seite 13, ich habe mir nur diese Seite herauskopiert...

Zwischenruf GR. Herper: Das ist ein Minderheitsbericht.

StR. **Kaltenegger**: Ja bitte, aber das könnt ihr gerne klären, aber kommen wir vielleicht....

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das lasse ich mir nicht gefallen.

StR. **Kaltenegger**. Ich gebe dir das inzwischen, kannst in Ruhe nachlesen und ich komme wieder zurück zu den Gemeindewohnungen. Als man noch felsenfest behauptet hat, dass niemand auch nur im Traum an den Verkauf oder eine Ausgliederung von Gemeindewohnungen denkt, hat es im Frühjahr, wie man der Kleinen Zeitung heuer entnehmen konnten, im Sommer, im Frühjahr ein interessantes Gespräch gegeben zwischen einem Vertreter einer Wohnbaugenossenschaft und einem Vertreter der Grazer Bau- und Grünlandsicherungsgesellschaft und dieses Gespräch hat so ausgeschaut, dass man konkret offensichtlich schon mit Wohnbaugenossenschaften über Möglichkeiten geredet hat, ob man ihnen nicht die Wohnungen weitergeben könnte. Das ist kein Geheimdienst, sondern das konnte man der Kleinen Zeitung entnehmen. Auch nicht Lauscher an der Wand, sondern das sind eben Fakten. Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass man nicht daran denkt, die Gemeindewohnungen zu verkaufen und auszugliedern. Wir haben ja zum Glück Protokolle, die wir nachlesen können, es gibt Gemeinderatsprotokolle, ich glaube auf das heutige Protokoll werden wir sehr bald zurückkommen müssen und wir werden sehr bald nachblättern müssen,

was wer in dieser Sache gesagt hat. Jetzt vielleicht noch einige Bemerkungen zur heutigen Diskussion. Die Volksbefragung wäre nicht notwendig, hat es geheißen vom Herrn Gemeinderat Spath. Kollege Herper hat gemeint, das ist ein von der KPÖ herbeigeredeter Verkauf. Sowohl das eine als auch das andere stimmen nicht und, lieber Herr Kollege Spath, ich würde die Feuerwehr dringend davor warnen, erst dann zu kommen, wenn das Haus bis auf die Grundmauern abgebrannt ist und da kommen wir langsam darauf hin. Warum ist es notwendig, dass die Stadt ihre Gemeindewohnungen behält? Ausgliederung wird nichts bringen, eine Ausgliederung bringt nichts, weil einfach eine Abkaufen der Wohnungen durch eine ausgelagerte Gesellschaft von der Stadt nicht finanzierbar ist durch die Gesellschaft selbst. Das würde nur gehen mit Kreditaufnahme, und ein Kredit in dieser Höhe ist mit unseren Mieteinnahmen und bei dem Zustand der Häuser, bei dem Sanierungsbedarf, den wir noch haben, nie und nimmer möglich. Es gibt dann nur zwei Möglichkeiten, entweder Mieten erhöhen oder Leistungen einschränken, aber beides wird einfach notwendig sein, wenn man ausgliedert. Und wie es in der Praxis funktioniert, hat man in Innsbruck schon gesehen, in Innsbruck wurden die Gemeindewohnungen ausgegliedert, einer der ersten Schritte war, dass man beschlossen hatte, bei Neuvermietungen die Mietzinse auf den gesetzlich zulässigen Richtwert anzuheben. Was würde das in Graz bedeuten? Wir verlangen derzeit für eine Wohnung der Kategorie A 3,47 Euro. Zulässiger Höchstwert wären 6,03, wir liegen also um 40 % unter dem gesetzlich zulässigen Höchstwert. Bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 60 m² würde das eine monatliche Mehrbelastung von 157.20 bedeuten, so schaut das wirklich aus. Die Hausverwaltung auslagern, was offensichtlich, wie man es heute gehört hat, den Mietern so viel bringen würde, sollte man sich auch anschauen. Mein Vorgänger hier im Stadtsenat zuständig gewesen für das Wohnungswesen, Stadtrat Werner Stoiser, hat damals, muss ich heute eingestehen, gegen meine Stimme einen Effizienzvergleich durchgesetzt. Er hat einfach vorgeschlagen, verwalten wir einmal 10 % der städtischen Wohnungen durch Private und schauen wir, welche Form effektiver ist. Heute muss ich eingestehen dem Kollegen Stoiser, dass ich froh bin, dass er seinerzeit diesen Effizienzvergleich anstellen hat lassen, denn der Vergleich liegt mittlerweile am Tisch. Die städtische Hausverwaltung ist um Klassen besser als die private Verwaltung (*Applaus KPÖ*). Wir haben auch einen anderen interessanten Nebeneffekt gemerkt. Eine sehr große renommierte Hausverwaltung hat uns jene Wohnungen wieder vor Ablauf der Frist

wieder zurückgegeben, die sie von uns zur Verwaltung übernommen hat. Aus dem einfachen Grund, weil es sich für sie nicht rechnet und das ist für uns durchaus verständlich, also jeder, der sich mit der Materie etwas beschäftigt, wird draufkommen, dass das eigentlich logisch ist. Warum? Wir haben oft Mieterinnen und Mieter in einer sehr schwierigen Situation. Ein privater Vermieter sucht seine Mieter nach der Bonität aus, also eine der ersten Fragen ist meistens, wo arbeiten Sie und wenn man sagt, ich bekomme mein Geld vom Sozialamt, dann ist die Wohnung in der Regel schon weg. Wir sind dazu da, gerade solche Menschen wohnzuversorgen und das bedeutet auch einen höheren Aufwand. Wir müssen auch alle Anstrengungen unternehmen, um die Mieterinnen und Mieter in den Wohnungen halten zu können. Also ist es einfach notwendig, mehr zu investieren und diese Leistungen erbringt die städtische Wohnhausverwaltung. Jetzt eine Bemerkung zu einem möglichen Sanierungsschub, den es geben könnte, wenn das privat geführt werden würde. Ich glaube, genau das Gegenteil ist der Fall, und tatsächlich ist es so, dass die städtische Hausverwaltung sehr stark jetzt die Möglichkeiten der Wohnbauförderung nutzt, um unsere Häuser umfassend zu sanieren. Und Lifteinbauten, da müsste man einmal eine eigene Diskussion abführen, also das ist keinesfalls abhängig jetzt von der Hausverwaltung alleine, sondern da spielen ganz andere Faktoren mit eine Rolle. Zuerst möchte ich doch auf die Kollegin Binder antworten, sie hat mich direkt angesprochen, also guter Verwalter und Null-Politiker. Zwischen Politik und gutem Verwalter muss kein Gegensatz bestehen, also da muss kein Gegensatz bestehen und es gehört einfach auch dazu, dass es entsprechend gut funktioniert. Und jetzt vielleicht zu den Veränderungen, was ist passiert in den letzten Jahren? Wir haben über 500 Wohnungen so saniert, dass wir sie heute als menschenwürdig bezeichnen können. Es war so, dass manche Häuser, als sie übernommen wurden, seit 80 Jahren nicht mehr saniert worden sind und es schaut auch dementsprechend aus. Und das ist eine sehr politische Frage und das ist auch eine Frage der Stadtentwicklung. Wenn ich es zulasse, dass Häuser verkommen, dass man dann in Wohnsiedlungen Menschen konzentriert mit einem Einkommen zwischen Sozialhilfe und Mindestpension, dann lasse ich auch zu, dass Ghettos entstehen und das will niemand, glaube ich, in unserer Stadt und das ist ein politischer Auftrag, also hier das aufzubrechen und durch die umfassenden Sanierungen gelingt es uns, wieder eine bessere soziale Durchmischung zu erreichen. Das sollte man nicht aus dem Auge verlieren.

Zwischenruf GR. Schönegger: Woher das Geld kommt?.

StR. **Kaltenegger:** Woher das Geld kommt, das ist wirklich meine letzte Bemerkung. Warum sollen die Wohnungen überhaupt ausgegliedert werden? So wie sie derzeit geführt wird, ist es für die Stadt die effektivste Form, weil wir auch Folgekosten berücksichtigen müssen. Ein Verkauf von Gemeindewohnungen brächte zwar einmalig Geld in die Stadtkasse, würde sich aber dann langfristig wieder äußerst negativ auf die finanzielle Gesundheit der Stadt auswirken. Und man darf auch nicht vergessen, die Gemeindewohnungen wurden gebaut in wirtschaftlich schwierigsten Zeiten, wo es uns wesentlich schlechter gegangen ist als heute. Die Gemeindewohnungen wurden gebaut in der Zwischenkriegszeit, die Gemeindewohnungen wurden gebaut in der Nachkriegszeit, wo viel weniger Geld vorhanden war als heute, trotzdem hat man damals diese Weitsicht gehabt und die Auffassung vertreten, man muss auch Sozialwohnungen in entsprechender Anzahl schaffen. Und wenn sich die Stadt nicht vor ihrer Verantwortung gegenüber sozial Schwächeren drücken kann, dann müssten Alternativen gesucht werden, wenn wir selbst keine Wohnungen mehr hätten. Das würde bedeuten, wir müssten auf dem so genannten freien Markt Wohnungen anmieten. Das wird ja auch im so genannten Raschauer Bericht der Bundesregierung vorgeschlagen, also die Kommunen sollen Gemeindewohnungen abgeben und wenn sie was für Bedürftige brauchen, von Privaten anmieten. Das wäre sozialpolitisch äußerst kurzsichtig und finanziell ein sehr teurer Bumerang. Wenn es um die Finanzierung der Stadt geht, dann muss man auch also andere Bereiche im Auge haben. Die einfachste Lösung ist, einmal verkaufen, was wir haben. Das ist die einfachste und die fantasieloseste Variante der Lösung dieses Problems. Und Lösung wird es dann letztendlich auch keine sein. Wir müssen auch uns andere Strategien überlegen als den Ausverkauf kommunalen Eigentums. Man wehrt sich in Wirklichkeit kaum gegen die finanzielle Aushungerung der Kommunen. Die Proteste des Städtebundes, die es immer wieder einmal gibt, sind im Grunde genommen eher halbherzig. Sie bleiben also beim bloßen Protest stecken und gehen nicht weiter, also Pressekonferenzen dazu, reichen nicht. Wir brauchen einfach ein sozial gerechtes Steuersystem, wir werden, wenn wir diese Probleme der öffentlichen Gebietskörperschaften lösen wollen, darum nicht

herumkommen. Man muss einmal beginnen und man darf nicht einfach alles so zur Kenntnis nehmen, was von oben kommt. Und ich möchte jetzt abschließend, da gibt es einen sehr populären Spruch eines Indianerhäuptling den gibt es sogar auf T-Shirts und auf allen möglichen Plakaten, den möchte ich Ihnen etwas abgewandelt in Erinnerung rufen: Erst wenn das letzte öffentliche Unternehmen privatisiert, die letzte Stadtbibliothek geschlossen, das letzte Amtsgebäude geleast und die letzte Gemeindewohnung verkauft ist, wird man merken, dass man damit die Finanzprobleme der Stadt nicht lösen konnte (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates, lieber Kollege Kaltenegger! Zuerst einmal möchte ich dir ein paar Antworten auf das geben, was du uns jetzt da gerade gesagt hast. Das Erste ist, du hast uns da, wir können es nur noch nicht genau klären, eine Seite mitgebracht, eine Seite 13 und eine Seite 14 des Untersuchungsausschusses zur Klärung der politischen Verantwortung für Missstände im Zusammenhang mit der ESTAG. Falls das keine Aussage, sondern eine Zusammenfassung sein sollte, dann können wir auf den ganzen Untersuchungsausschussbericht gleich wieder vergessen, weil ich kann Ihnen garantieren, dass weder ich, weil das zitiert ist, noch der Kollege Riedler jemals an einer Vorstandssitzung der ESTAG teilgenommen haben. Ich kann aber durchaus einiges bestätigen, was da drinnen steht, was nämlich ursprünglich die ESTAG-Vertretung von der Stadt Graz haben wollte, das steht nämlich auf der Seite drauf, und wie du weißt, sind alle diese Wünsche der ESTAG nicht erfüllt worden, wie du weißt, steht an und für sich auch drinnen in den Prüfberichten der ESTAG, dass wir in Graz sehr gut verhandelt haben und du hast auch nie dazugesagt, und das möchte ich dir heute zum wiederholten Male sagen, dass unsere Grazer Stadtwerke so gut wie kein Eigenkapital mehr gehabt haben, dass unsere Grazer Stadtwerke nicht einmal mehr weitere Kredite aufnehmen durften und dass wir deswegen diesen Prozess und die Überlegungen erst begonnen haben und angestellt haben (*Applaus ÖVP*). Ich darf dir auch sagen, dass es einige Versprechungen der ESTAG-Vorstände gegeben hat, die bis zum heutigen Tag noch nicht erfüllt worden sind, weil es dort einen Wirbel gibt, aber ich darf dir auch sagen, dass die gleichen Herrschaften, nämlich unsere Verantwortlichen der Stadtwerke die im ESTAG-

Bereich drinnen sind und unsere ESTAG-Vertreter neu, die jetzt da sind, dass diese Herrschaften beieinander sitzen und dass sie sich sehr bemühen, dass wir wieder zu unseren ursprünglichen Vereinbarungen kommen. Und du musst halt irgendwann der Bevölkerung einmal sagen, was passiert, wenn nichts passiert und wir haben uns gemeinsam einer Verantwortung zu stellen und diese größte Verantwortung heißt, dass wir ein konsolidiertes Budget haben, ein verantwortbares Budget. Und dieses Geld ist leider nicht da und ich sage dir auch, während du viel Zeit hast da in Graz, fahre ich Woche für Woche hinaus zum Finanzausgleich, um zu verhandeln und es ist nicht leicht, wenn du den Städtebund da heute kritisiert. Der Städtebund sitzt dort, und dort sind Vertreter aller Kommunen Österreichs und die wenigen, die dort die Verantwortung tragen, die kämpfen dort ordentlich und es ist bislang auch zu keiner Einigung gekommen, weil wir nicht annähernd nur dort zustimmen können. Aber wenn ich jetzt schon dazu komme, wenn man Gesamtverantwortung tragen muss, und ich bin der Sozialdemokratie dankbar, dass sie auch einen schmerzhaften Weg der Einsparungen jetzt mittragen will, und wir müssen es auch und das ist nicht lustig, dass wir dann das, was du sagst, ich habe nicht nachgedacht, wie man es verändern kann, weil wir hören da nicht viel von dir und was wir in den letzten Jahren gemacht haben, haben wir zwei abgesprochen gehabt. Du bist zu mir gekommen und hast gesagt, ich möchte Duschen einbauen oder den Standard verbessern und ich habe gesagt, ja, wenn wir den Standard verbessern, kannst du die Mieten nachher auch ein bisschen anheben und das ist so gekommen und seitdem gibt es Duschen und WC-Anlagen da auch drinnen. Aber aus meiner Sicht ist das nur ein Bruchteil, und mache bitte der Grazer Bevölkerung und uns nicht weis, dass kommunistische Wohnungspolitik irgendwo positiv hinführt, fahr nach Leipzig, schau nach Dresden, fahre nach St. Petersburg, in den ganzen Osten und schau dir (*Applaus ÖVP*) bitte die Wohnungen an, kommunistische Wohnungspolitik muss man sich heute noch anschauen, da hat man nämlich auch immer nur darauf hingewiesen, dass man was für die arme Bevölkerung tun muss, man hat sich aber nie gefragt, wo das Geld auch herkommt. Und kaum gibt es irgendwo eine Wirtschaftsmaßnahme, die auch vielleicht dazu führt, das eine oder andere wieder hereinzukriegen, ist man von Haus aus dagegen, so stellt man kein Gleichgewicht her und ich habe mir die Wohnungen in St. Petersburg jetzt gut angeschaut, das sind Bretterverschläge auf den Balkonen dort draußen, du kannst nicht einmal hineingehen, du traust dich das nicht, es sind soziale Ghettos, das wollen wir alles

nicht und wir haben damals als ÖVP, und ich sage das auch jetzt als ÖVP, an alle Bevölkerungsschichten gedacht und wenn der Herr Gemeinderat Spath heute gesagt hat, es geht ihm um 93 %, sage ich, es geht uns schon um 100 %, nämlich diese 7 % nehme ich sehr ernst, die diese Unterschriften dir gegeben haben. Ich stelle mir nur die Frage unter welchen Bedingungen sind diese Unterschriften überhaupt zustande gekommen (*Applaus ÖVP*)? Wir haben in der Wohnungspolitik der letzten Jahre wenige neue Vorschläge bekommen, wir haben angefangen, weil von dir zu wenig gekommen ist, jetzt selber drüber nachzudenken und konnten nicht in einem Gemeinderatsstück, in einem dringlichen Antrag gleich ausschließen, dass wir einmal auf Grund der Gesamtfinanzsituation drauf zurückgreifen müssen, auch die Wohnungen einzubringen. Und wenn wir sagen einbringen...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich sage es da deutlich, weil es gar nicht anders gehen wird in zwei Jahren vielleicht, weil es vielleicht nicht anders gehen wird. Und wenn wir das in zwei Jahren tun, dass wir sie ausgliedern, dann heißt das noch nicht an jemanden privatisieren und da könnt ihr mir das glauben, auch die Sozialdemokratie hat Wert darauf gelegt, dass bei Privatisierungsbereichen, weil so richtige Privatisierungen, wenn man das mit einem steirischen Unternehmen zusammenlegt, ist das bitte auch nicht, da sind wir GrazerInnen genauso wie die anderen Steirerinnen und Steirer. Ihr redet immer von Privatisierungen und erzählt quasi der ganzen Welt, jetzt wird alles nur mehr teurer.

Zwischenrufe KPÖ unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: So, die Kraft habt ihr nicht, so. Gut jetzt erzählt ihr das den Mieterinnen und Mietern in den Gemeindebauten, die wollen das verschleudern, die wollen das verkaufen. Wir wollen, und das sage ich da deutlich, und ich glaube ich darf sogar für beide Fraktionen da jetzt einmal sagen, wir wollen, dass wir maßgeblich Einfluss haben in der Wohnungspolitik der Stadt, wenn es um unsere Ärmsten geht. Wir wollen das nicht zu hundert Prozent verkaufen, das wollen wir nicht tun und das haben wir auch bewiesen bei den Grazer Stadtwerken, dass wir hier die Mehrheit behalten wollen und haben wollen. Wo der Weg hinget, Ernest, hast du uns nicht gezeigt. Wir haben nur angefangen, darüber nachzudenken, erzählst du den Leuten schon, dass das, was wir machen, zu ihrem Schaden sein wird und wenn ihr euch ernsthaft anschaut, was auch andere Kommunen in Europa geschafft haben...

Zwischenruf GRin. Kahr unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ihr schaut euch immer nur die negativen Beispiele an. Nur die Stadt Graz hat es immer noch geschafft, positiv das Beispiel für andere Kommunen zu sein. Und jetzt werden wir es vielleicht schaffen, dass die größten Wünsche der Bevölkerung, die da drinnen sind, auch durch eine Außenfinanzierung, da herinnen geht nichts, das wisst Ihr, wir sind begrenzt, wenn es so weitergeht, wir können nicht investieren und da sind heute so Beispiele gekommen wie die Liftaktion. Ja weißt du, wie viele Mieterinnen und Mieter heute, die damals in die Wohnungen hineingekommen sind, heute über 60/70 Jahre alt sind, die können nicht einmal mehr fortgehen, weil sie keinen Lift haben. Ich stelle mir vor, dass wir es gemeinsam aktiv angehen, du wolltest aber, und das ist ja auch legitim, die kommunistische Politik möchte alles selber haben, wir glauben, dass es gut ist, wenn man die Kreativität und die Bereitschaft auch von anderen mit hereinnimmt und dann gibt es mehr Möglichkeiten und dann kann was Tolles draus werden (*Applaus ÖVP*). Darüber haben wir nie gesprochen, auch nie verhandelt, auch nie Vorschläge, jetzt gehen wir schon zur Bevölkerung. Jetzt müssen wir, sage ich auch, im Schnellsiedeverfahren,

weil am 12. Dezember von dir schon gewollt ist, müssen wir ausrücken und positive Argumente sammeln, wo wir uns auch schwer tun, das alles schon zu belegen, weil du hast gesagt, du willst jetzt gleich diese Geschichte haben und da darfst du den Vorwurf des Populismus nicht quasi negativ von uns sehen, sondern wir können da gar nicht anders. Wir werden jetzt aufzeigen, welche Wege wir gehen würden und du wirst es weiterhin so machen, wie du es gemacht hast, ich will da noch einmal betonen, die 7 % der Grazerinnen und Grazer, die bei euch da unterschrieben haben, die nehme ich sehr ernst. Aber ich möchte mit ihnen auch darüber debattieren und diskutieren, die Chance und die Gelegenheit gibt es ja, und wir werden ihnen auch aufzeigen, dass es andere Wohnungen gibt. Noch einmal, wir haben nicht vor, die Wohnungen zu privatisieren, dass irgendjemand über diese Wohnungen und damit über diese Menschen bestimmt und die Stadt Graz leistet einen großen Anteil im Sozialbereich und sie leistet auch hier einen großen Anteil. Wir wissen das selber auch, dass diese Häuser nicht einfach funktionieren, wenn du sagst, da gibt es nur sozial Bedürftige drinnen, das rechnet sich nicht, die ganzen Ausfälle etc. haben wir auch, aber es geht auch um Leerstehungen, um Herrichten von Wohnungen, um den Gesamtmix, um all diese Dinge und es ist im Moment so, dass die Wohnungspolitik in Graz nicht auf einer positiven Welle unterwegs ist, es dürfen sich zwar alle bei deiner Türe anstellen und schauen, ob sie eine kriegen, obwohl wir klare Vergaberichtlinien haben, aber uns wäre es wert, du hättest einmal deutlich hier im Gemeinderat ein Projekt vorgelegt, du sagst, du freust dich, dass es heute dazu kommt, dass man drüber diskutiert. Niemand hat dich gehindert, in den letzten Jahren ein Stück nach dem andern auf den Tisch zu legen und Wege aufzuzeigen. Und deswegen wollte ich dir das heute einmal hier auch deutlich sagen (*Applaus ÖVP*). Und wie gesagt, noch einmal, an einer Vorstandssitzung der ESTAG habe ich nie teilgenommen (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Das ist natürlich ein starkes Stück, das uns der Ernst Kaltenegger da heute vorgelegt hat und dazu ist einiges zu sagen. Ich fange einmal mit dem für mich weniger erstaunlichen Teil an, dass wir da eine Art Zwischenwahlkampf erleben werden, war uns klar, der Ernst Kaltenegger macht das in der Art und Weise, wie wir sie von ihm kennen. Eines möchte ich jetzt einmal ein

für allemal für die sozialdemokratische Fraktion zurückweisen. Dass es in der Stadt Graz überhaupt Gemeindewohnungen gibt, ist das Verdienst sozialdemokratischer Wohnungsreferenten ausschließlich gewesen, mit der Unterstützung des Gemeinderates, mit der Unterstützung auch der ÖVP-Fraktion in den vergangenen Jahrzehnten (*Applaus SPÖ*). Wir brauchen doch niemanden, der uns ständig belehrt, was eine Gemeindewohnung ist und was sie für einen Wert hat, meine Damen und Herren, das ist doch lächerlich, wir wissen das, wir kennen uns da gut aus. Die sozialdemokratische Fraktion hat das in ihrem Parteiprogramm drinnen und daran wird sich auch nichts ändern und wir wollen nicht ständig falsch interpretiert werden. Wir wollen uns nicht ständig etwas unterstellen lassen, das ist an der Grenze der politischen Beleidigung, es überschreitet diese Grenze sogar, meine Damen und Herren. Und es ist halt ein Problem, dass zwar alle dafür sind, dass die Budgets funktionieren, dass man uns auf der einen Seite zu wenig Geld gibt, um unsere Aufgaben zu erfüllen, aber gleichzeitig beklagt, dass die Aufgaben, die wir erfüllen, Geld kosten. Und es ist eine ganz einfache Sache mit den Liegenschaftsverkäufen an die GBG, das war in Wirklichkeit ein Umweg zur Darlehensaufnahme, weil uns kein anderer Weg vom Gesetzgeber offen gelassen worden ist. Und es hat jetzt mit den Wohnungen überhaupt nichts zu tun, es hat aber sehr wohl etwas damit zu tun, dass man sich einmal anschaut, wie in anderen Städten die Wohnungen verwaltet werden. Nicht einmal das wollten die Kommunisten, sie wollen nicht, dass man schaut, was machen die Linzer, was machen die Wiener, was machen die Salzburger, das ist verboten, nur nicht daran rühren, nur nicht daran denken, das wollt ihr nicht.

Zwischenruf unverständlich.

Dr. **Riedler**: Wenn du das gewollt hättest, dann hättest du ganz einfach zustimmen können, als wir gesagt haben, wir geben eine Studie, nicht nur eine, in Auftrag, du hättest es ganz leicht gehabt, weil ich habe dir angeboten, die ganze Stadtregierung hat dir angeboten, nenne die Bedingungen, die festgelegt werden sollen in der

Auftragsvergabe für die Studie. Aber das hätte dir nicht gepasst, weil in Wirklichkeit hättest du dann auf dein politisches Instrument verzichten müssen und das ist das Problem. Nicht die Infragestellung der Demokratie wohl gemerkt, weil dass Demokratie Geld kostet, da bin ich der gleichen Meinung, dass sie Geld kosten darf und Geld kosten muss, das ist meine Meinung, das ist in Wirklichkeit auch eine Errungenschaft der demokratischen Parteien in diesem Lande. Und es ist in Wirklichkeit eine weitere Unterstellung, uns zu sagen, wir würden sagen, die demokratischen Instrumente dürfen nicht eingesetzt werden, aber was man schon fragen darf ist, ob sie richtig eingesetzt werden, ob das die richtige Fragestellung ist, die gestellt wird, weil unterstellt wird, das was passiert, was gar nicht passiert und was keine einzige Fraktion in diesem Haus hier auf ihrem Programm hat, das ist das Hintersichtführen der Wählerinnen und Wähler, das ist die Geldverschwendung, die betrieben wird von der kommunistischen Fraktion. Und wenn dann mit diesen Mitteln gearbeitet wird, dann sage ich ein einziges Wort dazu, danke Ernest, ich habe diesen Bericht nicht gekannt und ich weiß nicht, wem eingefallen ist, als er diese Dinge reingeschrieben hat, offenbar jedenfalls eine völlige Überschätzung meiner Person in der vergangenen Gemeinderatsperiode. Tatsache ist, dass ich in meiner Fraktion auf der Seite jener gestanden bin, die dem Energiesektorverkauf kritisch gegenüber gestanden sind und ich habe das mehrfach in diesem Haus geäußert, ich habe das intern geäußert, ich habe es vor Gewerkschaftsvertretern, in den Stadtwerken geäußert, vor vielen Zeugen, wer jetzt auf die Idee kommt, ich habe den Herrn Ex-Landesrat Paieryl kennengelernt in meiner Funktion als Stadtrat. Vorher bin ich ihm vielleicht fünfmal irgendwo über den Weg gelaufen, habe nicht einmal Grüß Gott gesagt, weil er mich nicht gekannt hätte. Dass ich so wichtig war, dass ich auf Eigentümerseite, und das hätte ja hier beschlossen werden müssen, das hätte dir keine Mühe gemacht, vielleicht einmal nachzuschauen, wie das damals war, Eigentümervertreter der Stadtwerke war ich nie, diese Mühe hast du dir nicht gemacht, aber sehr schnell in die Öffentlichkeit gehen mit einer Unterstellung, das halte ich eher für sehr denkwürdig als Vorgehensweise für jemanden, der immer die Menschenrechte auf seinen Fahnen oben hat. Also ich meine nur, als Erstes, ich war weder bei einer Verhandlung für die Stadt Graz oder im Namen der Stadtwerke oder als Eigentümervertreter der Stadtwerke, ich war auch bei keiner Vorstandssitzung der ESTAG eingeladen, das wäre natürlich für mich auch eine spannende Sache gewesen, wäre gerne einmal dabei gewesen, für mich sicher auch sehr lehrreich

gewesen. Und ich werde jetzt einmal, wir versuchen das jetzt herauszukriegen, nachdem aus dieser Seite nicht hervorgeht, wessen Meinung das ist, wer das zu Protokoll gegeben hat, wer das geäußert hat, einmal feststellen, wer das war, ich sage ganz offen, ich werde rechtliche Konsequenzen ziehen, weil das lasse ich mir nicht bieten, das ist ja eine Unverschämtheit. Nicht, weil das anrühlich gewesen wäre, wenn es so gewesen wäre, aber in dem Kontext in dem du das jetzt gebracht hast, stellt es mich als Lügner hin und als jemanden, der nicht zu seinem Wort steht und das lasse ich mir nicht gefallen, weder von dir, noch von sonst jemandem in diesem Hause (*Applaus SPÖ*). Und wenn das nur ein Hinweis auf den Prüfbericht selber ist oder auf das Elaborat des Herrn Landtagsabgeordneten Hagenauer muss ich sagen, dann hoffe ich, dass der restliche Bericht besser ist (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Ja, der Herr Kollege Kaltenegger und die KPÖ werden sicherlich vieles zu erklären haben, immer wieder auch, wie jede Partei das zu tun hat. Aber, Herr Bürgermeister, Sie haben eigentlich auch etwas zu erklären, Sie sind Bürgermeister heute und Sie waren in der vergangenen Periode der Finanzstadtrat. Und Sie tun fast so, als hätten Sie nichts damit zu tun, wie heute finanziell die Stadt Graz dasteht, genauso, aber das gilt nicht nur für Sie, sondern das gilt auch für alle, die in der vorigen Gemeinderatsperiode hier in der Regierung gesessen sind und ihr Scherflein dazu beigetragen haben, dass wir jetzt kein Scherflein mehr haben. Also bitte erklären auch Sie das einmal und waschen Sie nicht immer Ihrer Hände in Unschuld, so leicht geht das auch nicht, sich vom Saulus zum Paulus zu wandeln und merken Sie sich eines, die Menschen haben ein sehr langes Gedächtnis (*Applaus Grüne und KPÖ*).

StR. **Kaltenegger**: Wenn das so ist, wie es der Kollege Riedler das dargestellt hat, dann nehme ich das selbstverständlich so zur Kenntnis, ich kann nur das so wiedergeben, was hier in diesem Bericht des Untersuchungsausschusses steht. Ich habe ihn nicht selbst verfasst. Die Quelle ist ganz einfach, das kann man sogar aus dem Internet runterladen...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Ist das vom Hagenauer?

StR. **Kaltenegger**: Ja richtig. Also, das ist kein Problem hier das zu klären. Aber ich möchte jetzt noch zu etwas anderem sagen. Also die Frage der Studie, die jetzt angesprochen wurde vom Kollegen Riedler und dass die KPÖ so den Vergleich scheuen würde mit andere Landeshauptstädten, also das stimmt so natürlich auch nicht, das muss man schon eindeutig feststellen. Wir haben selbstverständlich bereits vom Wohnungsamt aus Vergleiche angestellt, wir haben bereits zusammen begonnen, im Frühjahr heuer noch, wie schaut es in anderen Städten aus. Nur man wollte in Wirklichkeit darauf nicht warten, also man hat nicht warten wollen und es hätte auch nichts gekostet, also da wären keine Extrakosten für die Stadt entstanden, sondern man wollte einfach eine Studie haben, um das dann untermauern zu können, also wie dringend das ist, dass die Wohnhausverwaltung ausgegliedert wird und ich kann Ihnen das jetzt schon sagen, ich kenne den Endbericht noch nicht, aber ich habe den Zwischenbericht gesehen, na selbstverständlich wird das herauskommen. Also alles andere wäre ja ein Wunder. Natürlich ist er ja in Auftrag gegeben worden, man wird doch nicht ein anderes Ergebnis dann haben wollen. Aber schon beim Zwischenbericht hat man gesehen, dass der Weg dorthin nicht der allzu seriöseste ist, der Zwischenbericht hat gestrotzt von Fehlern, von Ungenauigkeiten und das wird die Basis sein, dass man dann letztendlich sich an die Öffentlichkeit wendet und sagen wird, wie notwendig es ist, endlich die Wohnhausverwaltung auszugliedern. Das wird niemanden besonders verwundern, mich am wenigsten. Der Weg zum Ausverkauf ist immer mit Studien gepflastert, das ist doch selbstverständlich, es schaut ja immer besser aus, wenn man dann irgendwie so wacheln kann mit einer Studie und sagen, die Experten soundso haben festgestellt, also das ist die einzige Möglichkeit. Das wird auch in dem Fall nicht anders sein und jetzt eine letzte Bemerkung noch, weil sich der Kollege Riedler sehr empört hat zur Haltung der SPÖ, und jetzt möchte ich nicht auf einen offensichtlich sehr strittigen Bericht des Untersuchungsausschusses eingehen, sondern möchte etwas in Erinnerung rufen, was Sie selbst dann nachblättern können und schauen können, ob das so gestimmt hat, was ich Ihnen jetzt erzähle. Wir hatten einmal, bevor der Verkauf der Stadtwerke eingeleitet wurde, eine Sitzung des

Gemeinderates, wo ausführlich über dieses Thema diskutiert wurde. Und die damalige Vorsitzende der SPÖ, bitte nachzulesen im Protokoll, hat damals gemeint, die SPÖ, das kann ich aber nur sinngemäß wiedergeben, bitte jetzt nicht jedes Wort so genau zu nehmen, aber sinngemäß stimmt es auf jeden Fall, die SPÖ wird es zu verhindern wissen, dass nur der geringste Teil der Grazer Stadtwerke verkauft wird. Das Ergebnis kennen Sie jetzt bereits, die Schlussfolgerungen daraus zur Standfestigkeit der SPÖ können Sie auch selbst sehen. Danke Ihnen (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Jahn**: Ich möchte nur kurz etwas aufklären und zwar zu den vom Herrn Riedler beanstandenden Aussagen auf der Seite 13, den er vorgetragen hat, und zwar ist das die Seite 13 zum Untersuchungsausschuss von der ESTAG vom Bericht, der von den Grünen gekommen ist, den können Sie alle auch gerne einsehen. Genau dieser Punkt steht in dieser Art und Weise in den Protokollen vom ESTAG-Vorstand genau in dieser Weise drinnen, dort steht drinnen, dass damals, als der Energiesektor verkauft worden ist für die Stadt Graz, dabei waren bei diesen Gesprächen und verhandelt haben, der Finanzstadtrat Nagl und der Herr Riedler als Gemeinderat. Das steht in den Protokollen von ESTAG-Vorstand, jetzt können wir uns natürlich fragen, stimmen vielleicht dieses Protokolle nicht? Und da sieht man, wohin rot-schwarzer Proporz führen kann, also ich bitte, das an anderen Ebenen abzuklären.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, Sie haben ja gesagt, dass ist ein Bericht der Grünen.

Zwischenruf GRin. Jahn: Bezieht sich auf Protokolle....

Bgm. Mag. **Nagl**: Liebe Frau Gemeinderätin, Sie werden, nehme ich an, mir Glauben schenken und auch dem Kollegen Riedler, er war niemals dabei, er war auch nicht Eigentümerversorger, wir kriegen es ja nicht zur Korrektur (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*).

Zwischenruf GRin. Jahn unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, es ist möglich, dass auch ein Vorstand dort irrt, wir wollen heute nur richtigstellen, dass der Herr Gemeinderat Riedler damals nicht Eigentümerversorger der Grazer Stadtwerke war, das war Bürgermeister Alfred Stingl, und ich war Finanzstadtrat und Beteiligungsreferent und das wollte ich einmal richtigstellen. Es wird ja vielleicht einiges im Prüfbericht drinnen stehen, das auch nicht richtig ist, kann ja einmal sein. Ich wollte der Frau Gemeinderätin Binder aber noch eines sagen heute und ich habe die Verantwortung dafür niemals abgelegt und werden sie nicht ablegen. In den fünf Jahren, in denen ich Finanzstadtrat war, haben wir gemeinsam mit der Finanzabteilung, wenn ich sage wir, mein politisches Büro und die Finanzabteilung, Tag und Nacht gearbeitet, damit wir das, was wir auch investiert haben, in den letzten Jahren zustande bringen, darauf bin ich heute noch stolz. Genauso auf Einsparungsprogramme wie die Steueroptimierungsmodelle usw., die wir gemacht haben, ich geniere mich dafür nicht. Ich habe Ihnen ab dem Jahr 2000, da waren Sie noch nicht im Grazer Gemeinderat, können Sie aber auch nachlesen, immer wieder gesagt in den Protokollen, dass die Stadt Graz von außen her, und auf das lege ich so einen Wert, weil, wenn wir es hier herinnen schon anders diskutieren, wie soll dann die Grazer Bevölkerung was anderes glauben. Wir haben nicht hier herinnen unsere Aufgaben nicht erledigt, sondern wir haben durch übergeordnete Gebietskörperschaften von der Europaebene bis zur Landesebene mehr Aufgaben bekommen im Ausmaß von über 40 Millionen Euro und Mindereinnahmen im Ausmaß von derzeit 46 Millionen Euro. Und wenn Sie das zusammenzählen, dann haben Sie die Lücke, über die wir jetzt reden, und die ist schwierig genug. Sie schütteln den Kopf, ich sage Ihnen nur, dass es so ist und das

gehört einmal da gesagt, und ich lege da auch garantiert nicht die Verantwortung dafür ab, sondern im Gegenteil, ich fahre da viele Stunden nach Wien, bin auch drinnen geblieben im Finanzausgleichsteam, kämpfe für alle Städte Österreichs, damit wir wieder mehr kriegen und damit das, was da passiert ist, der EU-Beitritt kostet 3,5 % unserer Ertragsanteile, eineinhalb Prozent zahlen die Länder, eineinhalb Prozent die Gemeinden und Städte und 0,5 Prozent der Bund und das ist genau der Betrag, der uns da fehlt. Es hat eine Verschiebung gegeben und deshalb stehe ich bei dem Finanzausgleich auch vorher gar nicht auf und unterschreibe dort gar nichts, solange diese Verschiebung wieder ausgeglichen wird, deswegen heißt er Finanzausgleich.

Zwischenruf GRin. Binder unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Liebe Frau Gemeinderätin Binder, es machen zur Zeit alle Regierungen Europas, weil wir versuchen eine stabile Finanzpolitik zustande zu kriegen, aber weil noch keine gemeinsame Wirtschaftspolitik gegriffen hat, das ist das größte Problem in Europa, vor mir auch eine, die noch nicht zielführend ist, aber das muss man dazusagen (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Korschelt

5) A 8 – K 45/2003-27

erhöhte Mehrheit

Amt für Wohnungsangelegenheiten –
Umfassende Sanierung des städtischen
Wohnhauses Mittelstraße 24a –
Darlehensaufnahme in der Höhe von
€ 200.420,00 beim Land Steiermark

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In diesem Stück geht es um das städtische Wohnhaus Mittelstraße 24a, und zwar dieses Wohnhauses soll einer umfassenden Sanierung unterzogen werden. Die Gesamtkosten dieser Sanierung werden 200.420,- Euro betragen. Mit der Sanierung soll im Frühjahr 2005 begonnen werden. Diese Sanierung soll in Form eines Kredites vom Land durchgeführt werden, deswegen steht der Antrag, dieses Darlehen vom Land aufzunehmen und eine dementsprechende Hypothek am Haus zu hinterlegen und ich bitte um Zustimmung. Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 3 lit. c des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl. Nr. 91/2002, mit der erforderlichen erhöhten Mehrheit beschließen:

Die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von € 200.420,00 auf Basis der Bestimmungen des Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetzes 1993 und der Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz wird zu den Bedingungen des beiliegenden Schuldscheines und der beiliegenden Förderungszusicherung, die integrierende Bestandteile dieses Beschlusses bilden, genehmigt.

Zur Sicherstellung des Betrages von € 200.420,00 samt 0,5 % p.a. Zinsen, 5,5 % Verzugs- bzw. Zinseszinsen und der Kautions in der Höhe von € 20.042,00 verpflichtet sich die Stadt Graz gemäß Schuldschein zur Verpfändung von 1/1 Anteile der Liegenschaft (Baurechts-) EZ 204, KG Murfeld, sowie zur Einräumung eines Veräußerungsverbot.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen (46 : 0).

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

7) A 8 – K 41/2004-29
A 15-K 3/2001-53

Handelsmarketing Graz GmbH,
Abschluss eines Finanzierungsvertrages

Mag. **Frölich**: Meine Damen und Herren! Hier geht es um den Abschluss eines Finanzierungsvertrages zwischen der Handelsmarketing Graz GmbH und der Stadt Graz als Gesellschafter. Es ist nun so, dass 850.000,- Euro als Gesellschafterzuschuss gewährt werden sollen, das ist die ursprünglich vorgesehene eine Million unter der Finanzpositionen „Laufende Transfers an Unternehmungen, Handelsmarketing“ unter Beachtung der 15 %-Sperrre, also 850.000,- Euro. Es wird der Antrag gestellt, diesen Finanzierungsvertrag zu genehmigen. In der Aufsichtsratssitzung der Handelsmarketing Graz GmbH in dieser Woche wurde der dazugehörige Finanz- und Investitionsplan einstimmig, wie ich höre, beschlossen. Bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Zif. 10 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967, i.d.F. LGBl. Nr. 91/2002 beschließen:

Der Abschluss des einen integrierenden Bestandteil bildenden Finanzierungsvertrages, abzuschließen zwischen der Gesellschafterin der Handelsmarketing Graz GmbH, Stadt Graz und der Handelsmarketing Graz GmbH, wird vorbehaltlich der Genehmigung des Finanz- und Investitionsplanes durch den Aufsichtsrat, genehmigt.

Für das Haushaltsjahr 2004 kann der unter der Fipo 1.78900.755500 „Lfd. Transfers an Unternehmungen, Handelsmarketing“ unter Beachtung der 15-%-Sperrre im Voranschlag eingesetzte Betrag in Höhe von € 850.000,- herangezogen werden.

GRin. **Rücker**: 850.000,- Euro für drei Monate, obwohl ursprünglich ein Konzept aber für eine Million für ein ganzes Jahr, also für uns ist das Handelsmarketing an und für sich als Idee, die Innenstadt attraktiver zu machen etc., denke ich mir, da wird es Maßnahmen brauchen und es ist für uns keine Frage. Für uns stellt sich aber die Frage, dass die Stadt das momentan aus jetziger Sicht alleine trägt. Für uns ist die

Frage, warum es nicht zu 50 % die Wirtschaft trägt, der diese Maßnahmen ja auch zugute kommen und für uns stellt sich vor allem die Frage, ob angesichts der ganzen heute schon diskutierten Kürzungen und sonstigen Engpässe, die wir im Budget haben, 850.000,- Euro für diese kurze Zeit, ob die überhaupt möglich sind, auszugeben in der Zeit. Also ich frage einmal, ob das eine realistische Einschätzung ist und deswegen ist dieses Stück für uns nicht tragbar. Abgesehen davon, gab es ein Versprechen im März wurde die Gesellschaft beauftragt, die Gründung ist erst ein paar Tage her, Aufsichtsratssitzung hat es gegeben, aber was nicht vorliegt, ist irgendeine für uns als GemeinderätInnen nachvollziehbare strategische und inhaltliche Konzeption und es wurde damals versprochen, bevor das Finanzstück kommt, gibt es diese. Die liegt nicht vor, ich habe versucht die letzten drei Tage, dem nachzurennen, heute nach dem Finanzausschuss habe ich ein Papier bekommen, wo aber nicht einmal die Autorisierung des Aufsichtsrates da war. Also bitte, irgendwie ist das hinten und vorne eine fragwürdige Geschichte und dafür sind 850.000,- Euro verdammt viel Geld in dieser Stadt, in dieser Situation.

GR. **Schmalhardt**: Meine Damen und Herren, lieber Herr Bürgermeister! Ich darf im wesentlichen an das, was Kollegin Lisa Rücker gesagt hat, anschließen. Für mich ist es einfach zu wenig Transparenz, wenn in dem Stück steht, für das Haushaltsjahr 2004 eine Million, beziehungsweise vermindert um 15 %, 850.000,- Euro, wenn das laufende Geschäftsjahr nicht einmal drei Monate dauert. Ich hätte mir auch gewünscht in Anbetracht der Geschehnisse der Vergangenheit auf diesem Sektor mehr Transparenz und für die nächsten drei Monate doch eine Vorschau, was mit diesem Geld geschieht. Grundsätzlich muss ich sagen, der Wunsch der Wirtschaft nach Handelsmarketing ist für mich nachvollziehbar, der Beitrag der Wirtschaft fehlt mir auch und dieses Stück ist für uns nicht annehmbar, weil für mich einfach und für unsere Fraktion zu wenig Transparenz darin enthalten ist. Danke (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Buchmann**: Liebe Mitglieder des Gemeinderates! Sie können sich alle erinnern, dass wir sehr hart und eingehend diskutiert haben über die

Wirtschaftsstrategie für unsere Stadt für die Periode 2003 bis 2008 und wir haben uns zu einer Wirtschaftsstrategie durchgerungen, wo wir gesagt haben, es gibt fünf Kernbereiche, die wir gerne abdecken möchten und wo wir mit konkreten Maßnahmen, mit konkreten Produkten und mit konkreten Förderungsmaßnahmen die Wirtschaft unterstützen beziehungsweise stimulieren wollen mit ganz klaren Zielrichtungen. Eine dieser fünf Kernstrategien beschäftigt sich mit dem Handel, und wir haben ganz klar definiert, dass wir den Handelsstandort Graz, und dazu gehören alle 17 Grazer Stadtbezirke, alle Stadtteilzentren und natürlich auch die Innenstadt, entsprechend ausbauen wollen und bei ihren Aktivitäten die Wirtschaft unterstützen wollen und mit diesem Gemeinderatsstück wird der vorletzte Schritt im Gründungsvorgang, der ohnedies ein schmerzhafter und langwieriger war, weil wir haben uns jetzt eineinhalb Jahre mit diesem Thema beschäftigt, einer, glaube ich, guten Zukunft zugeführt, wenn er beschlossen wird, indem die Gesellschaft mit Kapital ausgestattet wird, dass sie jene Vorhaben, die der Aufsichtsrat vergangenen Montag in seiner Aufsichtsratssitzung sehr grundsätzlich und gründlich diskutiert hat, wo ich mich auch bei den Aufsichtsräten dafür bedanken möchte, diese Maßnahmen verabschiedet hat. Es ist ein Planbudget, dieses Planbudget ist detailliert in Maßnahmen und große Projektgruppen, von der internen Kommunikation über die Marktkommunikation bis hin zu konkreten Projekten und auch den üblichen Investitionen in eine Tätigkeit einer Gesellschaft, die ausgegliedert worden ist (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Und ich möchte eines klar sagen, es ist keine Investition, die irgendwelchen Sonderspielregeln unterliegt, sie unterliegt den Spielregeln, die der Gemeinderat für diese Ausgliederung vorgesehen hat. Es ist eine Investition, die mit dem Budget für dieses Jahr beschlossen worden ist, sie unterliegt der 15-%-Sperrung und die Gesellschaft wird dieses Geld, diese 850.000,- Euro im Sinne der Beschlussfassung und der Zielsetzungen der Wirtschaftsstrategie einsetzen. Und es ist das keine verlorene Investition, sondern es ist eine Investition, und das möchte ich deutlich sagen, einerseits in die Nahversorgung und die Stärkung der Nahversorgung, weil wir wollen uns sehr darum bemühen, in den Stadtteilzentren und jenen Regionen, wo wir ohnedies schon einen schwachen Geschäftsbesatz haben, dafür zu sorgen, dass dort der Geschäftsbesatz wieder stärker wird und dass Graz seinem Ruf als eine Stadt der kurzen Wege auch gerecht werden kann, dass nämlich jene, die nicht in ein Auto einsteigen wollen, auch im kurzen Abstand ihre Bedürfnisse befriedigen können (*Applaus ÖVP*). Zum

Zweiten, und auf das muss man immer wieder hinweisen, gerade im Handel gibt es überwiegend kleinst- und kleinstrukturierte Unternehmungen, das sind aber jene Unternehmungen, die auch noch Mitarbeiter beschäftigen und das ist auch eine Stärkung für diese Unternehmungen, wenn sie wissen, dass der Wirtschaftsstandort Graz, in dem Fall der Handelsstandort Graz entsprechend auch überregional beworben werden kann, weil es geht auch um die Frequenzen. Und wir haben auch ein Projekt, wo diese Kundenfrequenzen untersucht werden. Wir wissen sehr genau, in welchen Regionen die Frequenzen vorhanden sind und in welchen Regionen nicht und ich hätte nicht gerne eine Stadt, wo es auf der einen Seite eine goldene Meile gibt, auf der anderen Seite aber viele Regionen, wo es keine Geschäfte mehr gibt und wo die Bedürfnisse des täglichen Lebens nicht befriedigt werden können. Zum Dritten: Dieser Geschäftsbesatz sorgt auch für Flair, zwar schafft nicht nur der Handel das Flair, aber ein breites Warenangebot und eine Sortimentstiefe ist, glaube ich, auch für die Bevölkerung und für jene, die wir von außen einladen wollen, bei uns einzukaufen wichtig und nicht zuletzt sind es gerade auch diese Handelsunternehmungen, wenn sie Mitarbeiter beschäftigen, die sich auch in der Lehrlingsausbildung besonders engagieren. Und der Vorwurf, der im Raum steht, warum beteiligt sich denn die Wirtschaft an dieser Gesellschaft nicht, dann sage ich Ihnen dazu, mit dem Gründungsakt, den der Gemeinderat beschlossen hat, ist ja klar formuliert, dass wir in den nächsten Jahren diese Gesellschaft in Form einer PPP, einer Public Private Partnership entwickeln wollen, wo wir die Wirtschaft einladen wollen und zwar jene Unternehmenszweige, die nicht direkt im Handel tätig sind, aber ich denke an große Banken und große Versicherungen, die auch über nicht wenig Immobilienbesitz in dieser Stadt verfügen und von sich heraus auch ein Interesse haben müssten, dass diese Immobilien entsprechend versorgt werden, dass wir die einladen und andere darüber hinaus. Mag. Schnedlitz als Geschäftsführer der Handelsmarketinggesellschaft hat mir heute im Anschluss an den Finanzausschuss erzählt, dass er bereits sehr hoffnungsvolle Gespräche geführt hat, Partner hereinzuholen, wo wir dann diese Gesellschaft sukzessive mit Partnern aus der Wirtschaft ergänzen können, wo es uns mittelfristig auch erlauben könnte, bei unseren Impulsförderungen etwas zurückzuschrauben. Ich glaube, dass das ein gutes Stück für Graz ist und ich bedanke mich bei all jenen, die bereit sind, das mitzutragen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Candussi**: Herr Stadtrat! Ich war bei den Verhandlungen im Ausschuss nicht dabei, nur eine Frage, die jetzt auch immer wieder gestellt wurde, ist noch immer nicht beantwortet. Warum gibt es für eine Gesellschaft die drei Monate arbeitet, ein Jahresbudget, mir ist das nach wie vor nicht klar und damit wir uns über die Größenordnungen im Klaren sind, 850.000,- Euro, das ist etwa neunmal so viel wie man sich durch die Schließung der Riesschule zu ersparen glaubt. Ich sage, und wenn man denen drei Monate gibt, dann haben wir immer noch vier Jahre für die Riesschule gewonnen. Mir ist das einfach nicht klar, nach welchem System da gerechnet wird, dass eine Gesellschaft für drei Jahre ein Jahresbudget bekommt.

Dr. **Buchmann**: Ich bemühe mich sehr und ich bin ja auch einer, der gerne etwas flotter formuliert, aber irgendwann gibt es einmal eine Situation, wo man Gesamtverantwortung zeigen muss. Ich verwehre mich ein bisschen, dass wir das eine mit dem anderen ausspielen, es fällt niemandem leicht von uns (*Applaus ÖVP*), wenn wir irgendwo...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Wieso drei Monate das ist die Frage.

Dr. **Buchmann**: Ja und ich versuche es Ihnen zu beantworten, wenn Sie mich ausreden lassen.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Das andere ist ein Größenvergleich.

Dr. **Buchmann**: Also, ich wehre mich dagegen, das eine mit dem anderen auszuspielen, man muss manchmal in die Struktur investieren und man muss manchmal Strukturen zurücknehmen, wenn es auf Grund demoskopischer oder sonstiger Ergebnisse Anlass gibt. Und jetzt ganz konkret, diese Handelsmarketinggesellschaft wird deswegen mit diesen Mitteln ausgestattet und sie hätte ja schon seit spätestens dem Frühjahr dieses Jahres arbeiten sollen, weil sie entsprechende Projekte und Mag. Schnedlitz arbeitet ja nicht erst seit dem 1. Oktober, sondern wir haben ja bereits seit dem Sommer auf Werkvertragsbasis mit ihm gemeinsam Projekte entwickelt, weil er diese Projekte vorgedacht hat, im Aufsichtsrat jetzt auch absegnen hat lassen und angedacht hat. Und da gibt es so Projekte wie Kundenbindungsmaßnahmen etc., die in der Startphase einen höheren Finanzierungsbedarf haben, um das Ganze zum Gehen zu bringen und Sie können sich eines sicher sein, weder ich als Eigentümerversorger noch der Stadtrat Riedler als Beteiligungsreferent, noch die vier Aufsichtsräte der Gesellschaft, wobei die Frau Gemeinderätin Mag. Bauer ja Aufsichtsratsvorsitzende in dieser Gesellschaft ist, haben Interesse, auch nur einen Euro zu verludern. Sollte also ein Geld davon nicht investiert werden, na dann wird es dem Regelkreis entsprechend unseren Statuten in die Stadt zugeführt werden (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Linhart

13) A 8/5-K-3/2002-58

Parkhaus Thondorf; Führung des Parkhauses als entgeltliche Garage im Sinne des Garagierungsgewerbes durch die Liegenschaftsverwaltung ab 1.1.2005, Vermietung von 600 Parkplätzen an Magna-Steyr-Fahrzeugtechnik AG & Co KG
Vermietung der übrigen Parkplätze mit Einzelverträgen; Ermächtigung der Liegenschaftsverwaltung diese Verträge lt. Muster mit Interessenten abzuschließen
Antrag auf Zustimmung

Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um das Parkhaus Thondorf, das von der Stadt Graz betrieben wird und vorher von der GBG errichtet wurde. Bisher ist das Parkhaus Thondorf eine Park-and-Ride-Anlage, die kostenlos zur Verfügung steht, aber auf Grund der Erweiterung der Blauen Zonen in der Stadt hat die Magna-Steyr-Fahrzeugtechnik die Befürchtung, dass das Parkhaus im stärkerem Maße als bisher von den Pendlern genutzt wird und Magna-Steyr ersucht darum, dass etwa 600 Parkplätze, also es sind etwa 50 % der vorhandenen Parkplätze, von Magna-Steyr zu einem moderaten Preis angemietet werden. Der Gemeinderat möge daher beschließen, dass das Parkhaus Thondorf ab 2005 als entgeltliches Parkhaus geführt wird. Die Liegenschaftsverwaltung betreibt das Garagierungsgewerbe. Für die Parkplätze werden Dauerparkverträge eingerichtet, es ist nicht daran gedacht, Kurzparken im Haus durchzuführen. 600 Parkplätzen werden an Magna-Steyr vermietet. Die übrigen Parkplätze werden bis zu 36 Monate (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) mit Dauermietverträgen vergeben. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Parkgarage Thondorf wird ab. 1.1.2005 als entgeltliches Parkhaus geführt. Die Liegenschaftsverwaltung betreibt das Garagierungsgewerbe; der Abteilungsvorstand Herr DI Dr. Fritsch erfüllt die Funktion des gewerberechtl. Geschäftsführers.
2. Für die Parkplätze im Parkhaus werden nur Dauerparkverträge gem. beiliegendem Entwurf eines Garagen-Nutzungsvertrages abgeschlossen. Der Monatstarif wird in Höhe von € 9,00 pro Stellplatz zuzüglich Umsatzsteuer festgelegt. Das Entgelt ist wertgesichert mit VPI 2000; Basis ist der Index für 10/2004; die Wertanpassung erfolgt jährlich ab Jänner mit dem Index für den vorangegangenen Oktober. Kurzparken ist im Parkhaus nicht vorgesehen, es werden dafür auch keine Einrichtungen geschaffen. Durch den gewerblichen Betrieb werden Einnahmen von ca. € 135.000 bis € 129.600 jährlich netto erzielt. Hinsichtlich der Ausgaben ist die Stadt zum Vorsteuerabzug berechtigt.

3. 600 Parkplätze im Parkhaus – die oberen drei Etagen – werden an die Magna-Steyr Fahrzeugtechnik AG & Co KG zu den allgemein geltenden Bedingungen vermietet. Die Firma erhält jedoch die Bewilligung auf eigene Kosten bei der Auffahrt eine Schrankenanlage zu errichten, sofern dadurch keine Brandschutzvorschriften verletzt werden und sich keine Staus im Parkhaus bilden. Weiters erhält die Firma die Erlaubnis auch nicht zum Verkehr zugelassene Kfz auf den angemieteten Stellplätzen abzustellen.
4. Die Liegenschaftsverwaltung wird ermächtigt, für die übrigen Parkplätze Einzel-Garagen-Nutzungsverträge gemäß beiliegendem Muster abzuschließen. Die Verträge können auch befristet auf maximal 36 Monate aber mind. 1 Monat abgeschlossen werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf gleich noch anmerken, dass das Stück Nummer 14 gegen die Stimmen der Grünen allgemein beschlossen worden ist.

Berichterstatter: GR. Eichberger

15) A 14-K-807/2003-19

erhöhte Mehrheit

03.09 Bebauungsplan „Elisabethstraße/Brandhofgasse/Zinzendorf-gasse/Brunngasse“, III. Bez., KG. Geidorf; Beschluss

GR. **Eichberger**: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es geht um den Bebauungsplan Elisabethstraße/Brandhofgasse/Zinzendorf-gasse/Brunngasse. Dazu kurze Anmerkungen, geplant sind auf diesem Bauplatz vornehmlich Büro- und Verwaltungsgebäude. Gemäß dem derzeitigen Planungsstand soll das Joanneum Research Graz, welches jetzt schon den Bestand am Bauplatz nutzt, hier erweitert werden. Gemäß dem Bebauungskonzept soll der Nordteil Wohnungsnutzungen aufweisen. Der

Bebauungsplan wurde in der Zeit vom 27. 5. 2004 bis 8. 7. 2004 öffentlich aufgelegt und das Anhörungsverfahren gemäß Steiermärkischen Raumordnungsgesetz durchgeführt. Die Kundmachung erfolgt im Amtsblatt Nr. 5. Es langten im Zuge dieses Verfahrens insgesamt zwei Stellungnahmen und sieben Einwendungen im Stadtplanungsamt ein, diese betrafen, ich gehe da nicht im Detail auf diese Einwendungen ein, aber in erster Linie Fragen der öffentlichen Benutzung des Fußweges beziehungsweise die Parkplatzstellplätze. Aus der Behandlung der Einwendungen ergab sich eine geringfügige Änderung gegenüber dem Auflageplan. Es konnten zwei Einwendungen in Teilen entsprochen werden, generell konnten Teile aller Einwendungen im Sinne von präzisierenden Angaben in der Beantwortung klargestellt werden. Aus diesen geringfügigen Änderungen ergibt sich keine Rückwirkung auf Dritte. Sowohl die zuständige Behörde, als auch der Ausschuss beschäftigte sich intensiv und eingehend mit diesem Bebauungsplan und mit diesen genannten Einwendungen und in der kürzlich stattgefundenen Sitzung, nämlich gestern, am 13. 10., nahm der Ausschuss sowohl den Bebauungsplan als auch die Erledigungen zu den Einwendungen einstimmig in seiner Sitzung an. Ich darf daher jetzt namens des Ausschusses des Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag stellen, der Gemeinderat wolle erstens den 03.09 Bebauungsplan Elisabethstraße, Brandhofgasse, Zinzendorfsgasse, Brunngasse, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und zweitens die Einwendungserledigung beschließen, ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle

1. den 03.09 Bebauungsplan „Elisabethstraße/ Brandhofgasse/ Zinzendorfsgasse/Brunngasse“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht, und
2. die Einwendungserledigungen

beschließen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen (48 : 0)

Berichterstatterin: GRin. Dr. Leb

NT 1) A 2-K 1334/2004-2

Ernennung zu Bürgern der
Landeshauptstadt Graz 2004

Erhöhte Mehrheit

Dr. **Leb**: Meine Damen und Herren! Im Zuge der Bürgerernennung wurden 13 Herrschaften für würdig gehalten, und ich würde sie jetzt gerne vorlesen. Es ist Dr. Harald Baloch, der bischöfliche Berater für Wissenschaft und Kultur, Hannelore Bayer, die an einem Projekt von Schwester Emanuela zur Unterstützung der Müllmensen in Kairo mitgearbeitet hat, Helidor Binder, der Obmann des Landesverbandes der Heimgärtner Steiermarks, Kommerzialrat Max Braunstein, der Leiter der Firma Salis & Braunstein, immerhin der größte Opelhändler in Österreich, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Werner Gobiet, der neben seinem Beruf einen ganz besonderen Einsatz für behinderte Menschen leistet und auch der Gründer des 1 %-Vereines ist zur Unterstützung behinderter Menschen, Kommerzialrat Georg Janisch, dessen besondere Leistungen im Baugewerbe herausragend sind, Elfriede Neumayer, die Hilfestellung für betagte Mitmenschen unterstützt hat und Honorarkonsul Kommerzialrat Dr. Friedrich Poppmeier, Vorsitzender des Aufsichtsrates von Spar, Stadtpfarrprobst Prälat Dr. Heinrich Schnuderl, Prof. Erika Schubert, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Hansjörg Tschom, ist Professor für Architektur, und Pater Martin Vidovic und Prof. Günter Waldorf, der ein bekannter Maler ist. Alle Herrschaften sind durch ihre herausragende Bedeutung für die Stadt Graz würdig befunden worden und ich bitte um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Kultur und Sport den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

I. Für ihre besonderen Verdienste um die Stadt Graz werden zu BürgerInnen der Landeshauptstadt Graz ernannt:

- 1) Dr. Harald B a l o c h
Bischöflicher Berater für Wissenschaft und Kultur,
wohnhaft in 8074 Raaba, Am Silberberg 7
 - 2) Hannelore B a y e r
wohnhaft in 8047 Graz, Berliner Ring 5
 - 3) Heliodor B i n d e r
Obmann des Landesverbandes der Heimgärtner Steiermarks,
wohnhaft in 8045 Graz, Münkergasse 12
 - 4) Kommerzialrat Max B r a u n s t e i n
wohnhaft in 8010 Graz, Polzergasse 13A
 - 5) Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Werner G o b i e t
wohnhaft in 8010 Graz, Lessingstraße 24
 - 6) Kommerzialrat Georg J a n i s c h
Wohnhaft in 8042 Graz, Hohenrainstraße 127
 - 7) Elfriede N e u m a y e r
wohnhaft in 8053 Graz, Frühlingsstraße 29
 - 8) Honorarkonsul Kommerzialrat Dr. Friedrich P o p p m e i e r
wohnhaft in 8010 Graz, Münzgrabenstraße 65
 - 9) Stadtpfarrprobst Prälat Dr. Heinrich S c h n u d e r l
wohnhaft in 8010 Graz, Herrengasse 23
 - 10) Prof. Erika S c h u b e r t
wohnhaft in 8010 Graz, Schlögelgasse 10
 - 11) Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Hansjörg T s c h o m
wohnhaft in 8010 Graz, Morellenfeldgasse 5
 - 12) Pater Martin V i d o v i c
wohnhaft in 8010 Graz, Mariahilfer Platz 3
 - 13) Prof. Günter W a l d o r f
Wohnhaft in 8020 Graz, Keplerstraße 88.
- II. Über die Zuerkennung dieser Ehrung sind Bürgerbriefe auszufertigen, die den neuen BürgerInnen im Rahmen einer Festsitzung des Gemeinderates am 21. 10. 2004 mit Beginn um 10.00 Uhr überreicht werden.
- III. Die Namen der neuen BürgerInnen der Stadt Graz sind in das Goldene Bürgerbuch der Stadt Graz einzutragen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen (51 : 0)

Berichterstatter: GR. Schmalhardt

NT 4) A 8 – K 217/1986 - 119

Grazer Parkgebührenverordnung 1997;
Novellierung auf Grund der Erweiterung
der linienhaften Kurzparkzonen

GR. **Schmalhardt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Grazer Parkgebührenordnung 1997, Novellierung auf Grund der Erweiterung der linienhaften Kurzparkzonen. Um sicherzustellen, dass die Einhebung einer Parkgebühr für das Parken von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in den mit dem Beschluss des Stadtsenates vom 11. 10. 2004 sowie mit Verfügung des Bürgermeisters am 27. 9. 2004 verordneten linienhaften Kurzparkzonen in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen steht, ist vom Gemeinderat mittels Verordnung die entsprechende Gebührenpflicht festzulegen. Im Sinne der obigen Ausführungen stelle ich für den Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschuss den Antrag, diesem Stück zuzustimmen.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z 13 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967, zuletzt i.d.F. LGBl. Nr. 91/2002, in Verbindung mit dem Steiermärkischen Parkgebührengesetz, LGBl. Nr. 21/1979, zuletzt i.d.F. LGBl. Nr. 32/2003, die einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildende Verordnung beschließen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Schmalhardt

NT 5) A 8 – 2/2004-193

Einwohnerwesen, Volksbefragung
Gemeindewohnungen;
Kreditansatzverschiebungen von insg. €
389.000,- in der OG 2004

GR. **Schmalhardt**: Einwohnerwesen, Volksbefragung Gemeindewohnungen, dazu ist eine Kreditansatzverschiebung von 389.000,- Euro zu beschließen. Die Gesamtkosten für diese Volksbefragung werden voraussichtlich Euro 405.000,- betragen, wobei sich der Finanzbedarf für 2004 auf 389.000,- bewegt und 2005 16.000,-Euro. Diese Summe kann durch Umschichtung bereitgestellt werden, da im VA 2004 ein zweiter Wahlgang im Rahmen der Wahl zum Bundespräsidenten berücksichtigt wurde. Ich stelle daher den Antrag, diesem Stück die Zustimmung zu erteilen. Dankeschön.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 91/2002 beschließen:

In der OG 2004 werden die neue Fiposse

1.02400.042900	„Amtsausstattung“ (Anordnungsbefugnis: A 18) (Deckungsklasse: 18008) mit	€ 2.000,-
1.02400.400900	„Geringwertige Wirtschaftsgüter d. Anlagevermögens“ (Anordnungsbefugnis: A 18) (Deckungsklasse: 18008) mit	€ 2.000,-
1.02400.403900	„Handelswaren“ (Anordnungsbefugnis: A 18) (Deckungsklasse: 18008) mit	€ 1.000,-
1.02400.425900	„Sonstige Roh- und Hilfsstoffe“ (Anordnungsbefugnis: A 18) (Deckungsklasse: 18008) mit	€ 1.000,-
1.02400.454900	„Sonstige Verbrauchsgüter“ (Anordnungsbefugnis: A 18) (Deckungsklasse: 18008) mit	€ 1.000,-
1.02400.456900	„Schreib-, Zeichen- und sonstige Büromittel“ (Anordnungsbefugnis: A 18) (Deckungsklasse: 18008) mit	€ 6.000,-

1.02400.457900	„Druckwerke“ (Anordnungsbefugnis: A 18) (Deckungsklasse: 18008) mit	€ 32.000,-
1^02400.459900	„sonstige Verbrauchsgüter“ (Anordnungsbefugnis: A 18) (Deckungsklasse: 18008) mit	€ 1.000,-
1.02400.618900	„Instandh. von sonstigen Anlagen“ (Anordnungsbefugnis: A 18), (Deckungsklasse: 18008) mit	€ 1.000,-
1.02400.620900	„Personen- und Gütertransporte“ (Anordnungsbefugnis: A 18), (Deckungsklasse: 18008) mit	€ 1.000,-
1.02400.630900	„Postdienste“ (Anordnungsbefugnis: A 18) (Deckungsklasse: 18008) mit	€ 132.000,-
1.02400.700900	„Mietzinse“ (Anordnungsbefugnis: A 18) (Deckungsklasse: 18008) mit	€ 23.000,-
1.02400.728900	„Entgelte für sonstige Leistungen“ (Anordnungsbefugnis: A 18) (Deckungsklasse: 18008) mit	€ 205.000,-
geschaffen und zur Bedeckung die Fiposse		
1.02400.700300	„Mietzinse“ um	€ 89.000,-
1.02400.728300	„Entgelte für sonstige Leistungen“ um	€ 300.000,-
gekürzt.		

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

NT 6) A 8 – K 866/2002-29

ININ Innenstadtinitiative Graz;

1. Konkursverfahren, Ausfallsbürgschaft der Stadt Graz; Vergleich
2. Darlehensverträge mit der City Service Graz GmbH und Elfriede Hofer; Nachsicht

Mag. **Frölich**: In diesem Stück geht es um die ININ und die damit zusammenhängende Ausfallsbürgschaft der Stadt Graz. Nach dem Konkurs der ININ wurde die Ausfallsbürgschaft von der Bank schlagend gestellt. Es konnte in Zusammenarbeit mit dem Masseverwalter der ININ ein Vergleich derart erzielt werden, dass 50 % des verbürgten Betrages von der Stadt zu begleichen sein werden. Im Zusammenhang damit sind im zweiten Teil des Stückes der Frau Hofer, die das City Service Graz Projekt fortgeführt hat, sind zwei Darlehen nachzusehen, die in einem Darlehensvertrag mit der Stadt ihr gewährt wurden. Es wird der Antrag gestellt, die Annahme des außergerichtlichen Vergleichsanbotes der Steiermärkischen Bank und Sparkassen AG vom 1.6.2004 hinsichtlich der von der Stadt Graz übernommenen Ausfallshaftung, sich bei der Zahlung eines Betrages von 153.650,- Euro, entspricht 50 % des verbürgten Betrages, mit der Stadt Graz zu vergleichen, wird genehmigt. Und zweitens, die Nachsicht der mit Stadtsenatsbeschlüssen vom 14.8.2003 und 16.1.04 gewährten Darlehen an Frau Elfriede Hofer beziehungsweise die City Service GmbH in Höhe von 43.500,- Euro beziehungsweise 167.300,- Euro, soweit zur geordneten Liquidation ohne Überschuldung erforderlich, wird erteilt. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat möge gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 4 sowie § 45 Abs. 2 Ziffer 11 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 i.d.F. LGBl. Nr. 91/2002 beschließen:

1. Die Annahme des außergerichtlichen Vergleichsangebotes der Steiermärkischen Bank und Sparkassen AG vom 1.6.2004 hinsichtlich der von der Stadt Graz übernommenen Ausfallshaftung, sich bei Zahlung eines Betrages von € 183.650,00 (50 % des verbürgten Betrages) mit der Stadt Graz zu vergleichen, wird genehmigt.
2. Die Nachsicht der mit Stadtsenatsbeschlüssen vom 14.8.2003 und 16.12004 gewährten Darlehen an Frau Elfriede Hofer bzw. die City Service Graz GmbH in Höhe von € 43.500,- s.A. bzw. € 167.300,- s.A., soweit zur geordneten Liquidation ohne Überschuldung erforderlich, wird erteilt.

Die Abschreibung über den Gesamtbetrag von € 394.450,- erfolgt auf der Fipos 1.78900.690100 „Schadensfälle“ der OG 2004.

GR. Mag. **Candussi**: Nur ganz kurz und damit keine falschen Vermutungen auftauchen. Wir halten diese, ich würde einmal sagen, das Schlussstrichziehen unter das Kapitel ININ für möglicherweise oder für durchaus korrekt, möchten aber doch nicht in den Geruch kommen, dass das gesamte Prozedere rund um die ININ in irgendeiner Form gut heißen zu wollen. Es schaut einfach so aus und wir wollen, um es einfach zu sagen, wir überlassen die Sanierung dieses Falls denen, die ihn uns irgendwie eingebrockt haben. Ich brauche nur erinnern an diese seltsame Ferialverfügung...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Candussi**: Wir brauchen nur reden über die seltsame Ferialverfügung, Eva, erinnere dich, wie die ganze Sicherstellung seitens der Stadt schon zustande gekommen ist und das ist für uns Grund genug, die Sanierung auch denen zu überlassen, die das ganze vom Anfang an haben wollten.

Bgm. Mag. **Nagl**: Seltsame Ferialverfügungen gibt es nicht, es gibt Ferialverfügungen. Darf ich zur Abstimmung kommen und zwar zur getrennten Abstimmung, darum wurde ich gebeten von Seiten der KPÖ, dass wir den ersten Punkt Konkursverfahren Ausfallsbürgschaft Vergleich und dann den zweiten Punkt Darlehensverträge mit der City Service GmbH und der Frau Elfriede Hofer dann machen.

Der Punkt 1) des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Punkt 2) des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Erleichterung ist auch der Frau Hofer anzumerken, die Leidtragende in den letzten Monaten war, alles Gute Frau Hofer und danke, dass wir es beschlossen haben (*Applaus ÖVP*).

Berichterstatter: Bgm. Mag. Nagl

NT 8) A 8 – 2/2004-208

Steirischer Herbst, Nachtragskredit über
€ 320.000,- in der OG 2004

Bgm. Mag. **Nagl**: Stück Nummer 8), Berichterstatter Stadtrat Riedler, wenn er jetzt nicht da ist, darf ich das vielleicht gleich selbst vornehmen, wenn alle einverstanden sind, da ging es auch um ein Versprechen, etwas dazu zu sagen, wieso wir einen Nachtragskredit über 320.000,- für den Steirischen Herbst haben. In den letzten beiden Jahren haben alle Verantwortlichen des Steirischen Herbstes, die im Präsidium gesessen sind, immer wieder das Problem gehabt, gemeinsam mit dem geschäftsführenden Intendanten und der Mannschaft des Steirischen Herbstes, dass es keinen dauerhaften Finanzierungsvertrag gibt. Und Sie wissen auch aus den Diskussionen um die Vereinigten Bühnen oder um andere Kulturbereiche, dass das Planen nur ein Jahr im Vorhinein kaum möglich ist. Beim Steirischen Herbst gab es Planungen, wobei die Stadt Graz ihr Budget nicht abgeschlossen hatte, mein Vorgänger, Bürgermeister Alfred Stingl, und ich damals in Aussicht gestellt haben, dass wir uns bemühen werden, im Gemeinderat die Kürzung wieder zurückzunehmen, die wir schon angedeutet haben. Es war knapp eine Million Euro, 700.000,- davon sind dann im Budget beschlossen worden und wir haben versucht, dem Gemeinderat erneut vorzuschlagen, dass wir diese Kürzung zurücknehmen, auch deswegen, weil gerade im Kulturhauptstadtjahr 2003 die Problematik

eingetreten war, dass nicht die gesamte Förderung von 2003 gekommen ist. Der Steirische Herbst hat gewaltige Finanzierungsprobleme auch in den Folgejahren, wobei Vizebürgermeister Walter Ferk und ich im Präsidium klar und unmissverständlich schon angedeutet haben, dass es in Hinkunft nie wieder die Million Euro, also in den nächsten Jahren, geben kann und dass sie auch im heurigen Jahr schon nur mehr mit den 700.000,- budgetiert haben, aber diese alte Schuld war nicht mehr rückgängig zu machen, deswegen haben wir gemeinsam jetzt auch im Präsidium den Vorschlag gemacht, es noch einmal dem Gemeinderat vorzuschlagen und deswegen gibt es auch, und da ist gar keine Geheimniskrämerei oder sonst was dabei, ich habe da gar kein Problem damit. Das ordnungsgemäße Ersuchen des Bürgermeisters, auch namens des Herrn Vizebürgermeisters, beim Herrn Finanzreferenten für einen Nachtragskredit zu sorgen und diesen dem Gemeinderat vorzuschlagen, damit wir darüber befinden können. Ich weiß nicht, wo da die großartige Geheimniskrämerei ist und mich freut es, dass Sie dieses Stück auch vorgelesen haben, das ist ein ganz normaler Vorgang, so sollten es im Übrigen alle tun, weil ich kann das Stück ja nicht selber produzieren. Der Steirische Herbst soll umgegründet werden, es soll eine GmbH werden und wir haben ja auch eine Hearingkommission gehabt, die eine neue Intendantin ab dem Jahr 2006 schon hervorgebracht hat. Die neue Intendantin und Geschäftsführerin soll möglichst ohne Altlasten einen neuen Steirischen Herbst planen können ab dem Jahr 2006, Budgetvorgriffe wird sie auch schon 2005 machen müssen, die werden ihr dann angelastet in den Folgejahren, weil sie muss ja auch schon eineinhalb Jahre vorher mit den Planungen und mit den Verträgen beginnen. Das größte Problem, das wir aber beim Steirischen Herbst noch haben, ist das Damoklesschwert der Finanzierung der List-Halle, das haben wir noch nicht gelöst, da gibt es große Diskussionen, wie wir das gemeinsam mit der GmbH, mit der derzeitigen, und dem Land Steiermark, bewerkstelligen sollten. Natürlich ist auch der Besitzer der List-Halle, der Herr Professor und das Unternehmen List hier an den Diskussionsprozessen beteiligt, da können wir aber momentan dem Gemeinderat noch keinen Vorschlag machen. Und so darf ich Sie ersuchen, diese 320.000,- Euro dem Steirischen Herbst als Nachtragskredit nun zu gewähren, damit einmal diese unmittelbare Finanzierungsnot, in der er sich befindet, wieder wegkommt.

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 91/2002 beschließen:

1.30000.755000 „Lfd. Transfers an Unternehmungen“
Sub 001: „Steirischer Herbst“
(Fistel: A 16) um € 320.000,-
erhöht und zur Bedeckung die Fipos

1.97000.729000 „Sonstige Ausgaben“
um denselben Betrag gekürzt.

GRin. **Binder**: Was der Herr Bürgermeister als normalen Vorgang jetzt geschildert hat, ist für uns nicht unbedingt so normal und so auch nicht nachvollziehbar. Wenn Sie heute von etwas vorschlagen reden, dann sage ich, Sie wollen hier etwas vorschlagen, was Sie ohnehin schon versprochen haben, ohne nämlich mit dem Gemeinderat hier auch das Einvernehmen zu finden und ohne mit uns zu sprechen.

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Frau Gemeinderätin, das ist nicht richtig.

GRin. **Binder**: Es wurde 2002 eine Million für den Steirischen Herbst bewilligt. 2003 im August wurden 680.000,- Euro zugesprochen und im Jahr 2004 im Jänner haben Sie mit dem Vizebürgermeister Ferk und der Kollegin Uray-Frick im Präsidium dem Herrn Oswald bestätigt, er wird die Aufzahlung auf eine Million bekommen. Im März 2004 wurde noch einmal dem Herrn Oswald bestätigt, dass er es bekommt. Also, wenn Sie sagen, das ist ein normaler Vorgang, dass Sie im Vorfeld bei informellen Gesprächen etwas ohnehin versprechen und bestätigen, und wir sozusagen pro forma dann noch abstimmen sollen und bestätigen sollen, was hier ohnehin schon versprochen wurde, dann ist das für mich kein normaler Vorgang und wenn wir vom

Mauscheln reden, dann meinen wir genau das. Wie sollen wir jemals Vertrauen fassen können, dass nicht vieles, was Sie von uns abfordern und tun wollen, nicht auf Treibsand sich bewegt. Laufend bekommen wir solche Beispiele hier präsentiert, ich kann mir nicht vorstellen, wie wir da irgendwie zu einer guten Lösung kommen können. Der dringliche Antrag, den heute meine liebe Kollegin Lisa Rücker angebracht hat, wäre so ein Vorstoß, wo wiederum die ÖVP und wiederum die SPÖ nicht mitgehen haben können, hier geht es darum, dass wir eben Transparenz von Entscheidungsfindungen haben wollen und das, was Sie hier als normal hinstellen, ist keine Transparenz für uns, keineswegs und ich freue mich wirklich schon sehr auf die Diskussion um das Demokratiepaket, da bin ich neugierig, wie sich die ÖVP bewegen wird (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, Sie können mir glauben, als Vorsitzender muss man sich manchmal wirklich sehr zusammennehmen, um nicht ins Wort zu fallen und es ist an und für sich eine Frage der Höflichkeit und auch der Geschäftsordnung, Sie ausreden zu lassen. Aber jetzt möchte ich eindeutig, das, was Sie gesagt haben, zurückweisen, Sie können liebend gerne mit mir gemeinsam zum Herrn Intendanten Oswald gehen, Sie können liebend gerne die Protokolle unseres Steirischen Herbstes nachprüfen im Präsidium. Walter Ferk, Bürgermeister Alfred Stingl und ich haben niemals versprochen, dass dieses Geld kommt. Wir haben immer vom Bemühen und das Versprechen abgegeben, dass wir dieses Bemühen haben, dass der Gemeinderat eine solche Entscheidung trifft. Da ist ein wesentlicher Unterschied und ich ersuche Sie ernsthaft, nicht von Mauschlerei und sonstigen Dingen zu sprechen, weil Sie reden ja sonst auch immer von Menschenrechten und dass man solche Dinge und Behauptungen nicht in den Raum stellen soll, ich weise das auf das Schärfste zurück, wir haben unser Bemühen versprochen und sonst gar nichts. Entscheiden, und das tue ich, seitdem ich da herinnen bin und als Finanzstadtrat habe ich sehr darauf geachtet, versprochen habe ich weder mündlich noch schriftlich eine fixe Geschichte, sondern ich habe immer gesagt, ich werde es nach Zustimmung des zuständigen Organs dann schaffen, aber vorher nicht. Und diese Zustimmung brauche ich (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GRin. Binder unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Liebend gerne. Es stört mich schon, dass Sie da die Behauptung aufstellen...

Zwischenruf GRin. Binder: Ich gehe gerne mit Ihnen zum Herrn Oswald.

Bgm. Mag. **Nagl**: Liebend gerne.

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Für unsere Fraktion steht der Steirische Herbst außer Streit. Was für uns nicht außer Streit steht, steht der Vorgang bei der Förderung für 2003. Was mich wundert, dass zugesagte oder nicht zugesagte Förderungen, wie auch immer, und das steht natürlich dem Bürgermeister frei, im Gemeinderat einen Antrag zu stellen für eine nachträgliche Förderung. Ich bin der Meinung, es steht ihm aber nicht frei, wie uns der Finanzstadtrat erklärt hat im Ausschuss, eine fast rechtsverbindliche Zusage ohne den Gemeinderat vorher zu befragen, einer Gesellschaft des Steirischen Herbstes zu machen. Das Versprechen des Bemühens, diese Förderung im Gemeinderat durchzusetzen, ist eigentlich nichts Schlimmes, nur wenn daraus für uns im Finanzausschuss die Situation entsteht, dass wir gar nicht mehr anders handeln können, weil uns der Finanzstadtrat das so erklärt, dass die Gesellschaft durchaus Klagsrecht und Gewinnchancen bei dem allfälligen Rechtsstreit hat, dann bleibt dem Ausschuss nichts anderes übrig, um noch größeren Schaden von der Stadt abzuwenden, diese Vorgangsweise des Herrn ehemaligen Bürgermeister, des Herrn Finanzstadtrates gut zu heißen. Das waren die Worte von dir, lieber Wolfgang,

im Finanzausschuss. Vielleicht habe ich etwas falsch verstanden, ich habe es so verstanden.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Deswegen habt ihr zugestimmt.

GR. **Schmalhardt:** Ja, um nicht noch größeren Schaden bei der Stadt zu verursachen. Unsere Zustimmung heißt aber nicht, dass wir einverstanden sind mit der Vorgangsweise, Zusagen zu machen, wo für mich keine Berechtigung vorliegt, das möchte ich wirklich ausdrücklich bemerken.

StR. Mag. Dr. **Riedler:** Nachdem ich nicht im Präsidium bin, auch in dem Präsidium war ich nicht, verlasse ich mich auf das, was mir gesagt worden ist und gesagt wurde mir sehr glaubhaft, dass es Verwendungszusagen gegeben hat, das bedeutet, man setzt sich ein, in einer sehr, sehr schwierigen Lage, in der der Steirische Herbst im vergangenen Jahr war und leider hat es sich nicht wesentlich gebessert, im Zuge der vergangenen 12 Monate einen Finanzierungsausgleich zu schaffen. Wir wissen, dass das im vergangenen Jahr nicht möglich war. Tatsache ist, dass die Frage, Steirischer Herbst ja oder nein, weit über die Grenzen der Stadt hinausreicht und ein möglicher Konkurs des Steirischen Herbstes jedenfalls einen weit übers Kulturpolitische, und das ist schon schlimm genug, hinausgehenden Imageschaden und auch einen finanziellen Schaden bei den Finanziers herstellen würde, das ist meine Ansicht und das habe ich auch im Ausschuss so berichtet. Ich glaube, dass wir den Steirischen Herbst neu ordnen sollten und neu ordnen müssen, auf eine neue gesellschaftsrechtliche und Finanzierungsbasis stellen müssen, die also in ein vorausschauendes Umgehen mit den Etars möglich macht. Ich glaube aber auch, dass es, und ich bezeichne das sozusagen als Altlast budgettechnisch gesehen, dass es sinnvoll ist, im heurigen Jahr, wo wir aus dem Bereich der Verstärkungsmittel diese Leistung erbringen können, den Steirischen Herbst auf einigermaßen liquide

Beine zu stellen, vor allem auch im Interesse all jener Künstlerinnen und Künstler, die Leistungen erbringen und die ihre Finanzierung bekommen vom Steirischen Herbst oder bekommen sollten vom Steirischen Herbst. Da geht es ja auch wieder um mehr als nur um eine Kulturinstitution, die man vielleicht gegen etwas anderes ausspielen kann. Ich würde mich freuen, wenn alle, die sich bei den Eröffnungen und Veranstaltungen des Steirischen Herbstes sehen lassen, eine ähnliche Meinung vertreten würden wie ich, weil es auch um eine kulturpolitische Frage in diesem Zusammenhang geht. Leicht fällt es mir, meine Damen und Herren, aus Finanzsicht natürlich nicht, Geld auszugeben, aber in diesem Fall denke ich, sind die Möglichkeiten, die wir haben, nicht wahnsinnig erfreulich und der vorgeschlagene Weg erscheint mir im heurigen Jahr, wo wir diese Mittel noch haben, im nächsten Jahr hätten wir sie nicht mehr, das sage ich deutlich dazu, im heurigen Jahr, wo wir diese Mittel haben, ein sinnvoller Weg zu sein. Daher mein Plädoyer für dieses Stück beziehungsweise auch mein Versuch einer Erklärung, warum dieses Finanzstück heute auf der Tagesordnung steht (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Berichterstatter: Bgm.-Stv. Ferk

NT 9) A 8 – K 806/2001-13

Geriatrisches Krankenhaus II – Neubau;
Projektgenehmigung über € 17.500.000,-
in der AOG2004-2007

NT 10) GGZ-K 103/2001

Projektgenehmigung, Geriatrisches
Krankenhaus II, Neubau

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren! Ich darf heute ein Stück einbringen, das eine längere Entstehungsgeschichte naturgemäß natürlich hat und ich glaube, es ist ein wichtiges Stück auch für die ältere Generation, es ist eine Zukunftsinvestition, meine Damen und Herren, für uns alle hier in diesem Raum und ich weiß auch, dass es natürlich auch zu einem Zeitpunkt eingebracht wird, wo, wir haben das ja heute

auch immer wieder im Dialog diskutiert, man natürlich sagen muss, es wird eingebracht in schwierigsten finanziellen Zeiten der Stadt. Aber es ist deswegen wichtig und es ist deswegen wichtig, dass es jetzt beschlossen wird, weil auf der einen Seite wir auch so etwas wie eine sanitätsbehördliche Bewilligung im Haus des betreuten Wohnens in den Geriatriezentren bis Ende dieses Jahres haben und entweder die Entscheidung zu treffen gehabt hätten, das Krankenhaus II, das jetzt leer steht, nicht neu zu bauen, was letztendlich aber für die Gesamtentwicklung der Geriatriischen Gesundheitszentrum und der sozialen Standrads in dieser Stadt natürlich einen großen Nachteil mit sich gebracht hätte oder wie gesagt, in das so genannte betreute Wohnen auch umfassende baupolizeiliche, feuerpolizeiliche Maßnahmen einzuleiten, die natürlich auch mit einem hohen finanziellen Aufwand begleitet werden hätten müssen, und zusätzlich gibt es inzwischen einen gültigen Grundsatzbeschluss sowohl in der Steiermärkischen Landesregierung im Steiermärkischen Landtag, dass es zu einer zwei Drittel-Mitfinanzierung kommen wird. Im Übrigen, meine Damen und Herren, ist das die erste großartige Zusage diesbezüglich, weil sowohl das Krankenhaus I als auch das betreute Wohnen wurden eigentlich von der Stadt Graz alleine finanziert. Und es ist mir gelungen und es ist uns gelungen, gemeinsam in guten Gesprächen auf der einen Seite mit dem zuständigen Landesrat, aber sehr wohl auch auf der anderen Seite vom Bürgermeister mit der Frau Landeshauptmann Klasnic, dass es hier auch diesbezüglich einen grundsätzlichen Beschluss in der Steiermärkischen Landesregierung gibt und jetzt hoffe ich natürlich, auch als zuständiger Referent für die Gesundheitszentren in Graz, dass natürlich auch der entsprechende Finanzbeschluss folgt, aber die Zusagen gibt es und daher ist dieses Signal des Gemeinderates jetzt heute wichtig und richtig und daher ersuche ich, dieses Stück im Sinne, wie gesagt, der Weiterentwicklung unserer Gesundheitszentren heute zu beschließen und möchte mich auch bei allen Mitgliedern des Verwaltungsausschusses in den Geriatriischen Gesundheitszentren für diese konsensuelle Bereitschaft, hier mitzugehen, mich recht herzlich bedanken und wünsche dem Geschäftsführer und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch für die zukünftige Tätigkeit, die nicht leicht ist, für die ältere Generation alles Gute. Danke (*Applaus SPÖ*).

Zu NT 9):

Der Berichterstatter stellt namens des Voranschlags-, Finanz- und Liegenschaftsausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 91/2002 beschließen:

In der AOG 2004-2007 wird die Projektgenehmigung „Geriatrisches Krankenhaus II – Neubau“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 17.500.000,- unter der Voraussetzung einer Kostenbeteiligung durch das Land Steiermark in Höhe von 2/3 des zum Realisierungszeitpunkt valorisierten Investitionsmittelbedarfs und die Aufnahme in die mittelfristige Investitionsplanung der Stadt Graz

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2004	MB 2005	MB2006	MB 2006
Geriatrisches Krankenhaus II - Neubau	17.500.000	2004-2007	1.101.000	5.683.000	9.578.000	1.138.000

erteilt.

Zu NT 10):

Der Berichterstatter stellt namens des Verwaltungsausschusses der Geriatrischen Gesundheitszentren den Antrag, der Gemeinderat möge die Projektgenehmigung für den Neubau des Geriatrischen Krankenhauses II mit einem Finanzmittelbedarf von € 15.800.000,- exkl. MWSt. (Preisbasis Nov. 2002), beziehungsweise einer Gesamtwertinvestitionssumme (gemäß ÖNORM 1801-1) von € 17.500.000,- exkl. MWSt. inkl. Valorisierung und Zwischenfinanzierung beschließen: Die Projektabwicklung erfolgt durch eine Zusammenarbeit zwischen den Geriatrischen Gesundheitszentren und der Grazer Bau- und Grünlandsicherungsgesellschaft m.b.H., Voraussetzung für die Realisierung ist der zeitgerechte Realisierungsbeschluss im Steiermärkischen Landtag mit der notwendigen 2/3-Finanzierungsbeteiligung des Landes.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir hoffen, dass wir das möglichst schnell über die Bühne bringen, weil wir ja im Bereich des betreuten Wohnens die Personen, die Damen und Herren,

dann in absehbarer Zeit ja umsiedeln müssen und wenn uns das gelingt, ist eigentlich ein Gesamtwurf im geriatrischen Bereich gelungen. Ein Lob auch meinerseits an Dr. Hartinger und sein Team, es ist toll, in welcher Geschwindigkeit hier gearbeitet wird.

GR. **Pleyer:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für mich ist das heute eigentlich ein Freudentag, aber nicht nur für mich, ich glaube, es ist auch ein Freudentag für den gesamten Verwaltungsausschuss des Geriatrischen Krankenhauses. Denn es war dieses Projekt bitte wirklich nur möglich auf die Beine zu stellen durch gemeinsames Zusammenhalten, gemeinsames Marschieren und ich muss mich wirklich bei allen Fraktionen des Verwaltungsdienstes wirklich recht, recht herzlich bedanken, natürlich auch beim Bürgermeister, beim Vizebürgermeister, die ja gemeinsam, wie bereits berichtet, bei der Frau Landeshauptmann waren. Wir waren beim Ehrlich, wir haben alles versucht, um diese zwei Drittel-Mehrheit auf die Beine zu bringen und man sieht wieder, meine Damen und Herren, wenn es gemeinsam passiert und dass man gemeinsam marschiert, dann sind auch solche Projekte in einer so schwierigen finanziellen Zeit, so wie sie in Graz ist, möglich. Allen Mitarbeitern wirklich ein herzliches Dankeschön, Herr Dr. Hartinger, Ihnen und Ihren Mitarbeitern ein herzliches Dankeschön, es ist schon ganz toll, es hat ja nicht nur der Stadtrechnungshof, sondern natürlich auch der Landesrechnungshof dieses Projekt geprüft und natürlich ganz super empfunden. Es wurde hier eine ganz tolle Vorbereitungsarbeit geleistet, ein tolle Projekt auf die Beine gestellt, wir freuen uns auf den Spatenstich. Ich ersuche Sie um Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl:** Ich darf jetzt den Herrn Finanzstadtrat Dr. Riedler ersuchen, eine Richtigstellung vorzunehmen.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Manchmal ist das Leben eine Berg- und Talbahn, kann ich sagen. Der Herr Landtagsabgeordnete Dr. Peter Hagenauer hat sich ins Rathaus begeben, wir haben ein Gespräch geführt und wir konnten den ominösen Fall, Riedler verhandelt im Namen der Stadt als Gemeinderat, aufklären. Es handelt sich um eine Verwechslung, ich bin ermächtigt auch im Namen des Kollegen Hagenauer das hier zu sagen. Gemeint ist ein anderer Dr. Riedler als ich es war, nämlich ein Mitarbeiter im Büro von Landesrat Paierl, der ihn offenbar begleitet hat.

Bgm. Mag. **Nagl**: Soweit zu unserem geklonten Stadtrat im Jahr 2000. Wir werden es auch noch dem Herr Stadtrat Kaltenegger mitteilen.

GR. **Kolar**: Geschätzter Herr Bürgermeister! Nachdem wir heute schon einen wesentlichen Beschluss zum Thema Demokratiepaket hier in Graz gefasst haben, ersuche ich auch um Mitwirkung beim Volksrechtegesetz und zwar die Dringlicherklärung aller Gemeinderatsstücke in der öffentlichen und in der Nachtragstagesordnung der Gemeinderatssitzung sowie des dringlichen Antrages von Herrn Gemeinderat Alexander Perissutti über die Abgabe von Tabak an Jugendlichen, sprich Novellierung des Jugendschutzgesetzes. Ich ersuche höflichst um Annahme.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.